

Einladung

zur 17. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss) am Donnerstag, 18. Oktober 2018, 14.00 Uhr, Rathaus, Gobelinsaal

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
3. Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zur Neuauflage des Lokalen Integrationsplans (LIP) - Herausforderungen an das Zusammenleben in einer multiethnischen Integrationsgesellschaft in der Landeshauptstadt Hannover
(Drucks. Nr. 2136/2018)
4. Antrag der AfD-Fraktion zur Verurteilung von weiblicher Genitalbeschneidung
(Drucks. Nr. 1197/2018)
- 4.1. Änderungsantrag der Fraktion die FRAKTION zu Drucks. Nr. 1197/2018: Verurteilung von weiblicher Genitalbeschneidung; "Straftaten verurteilen"
(Drucks. Nr. 1973/2018)
5. Antrag der Gruppe Linke & Piraten zu "Hannover deklariert sich als sicherer Hafen"
(Drucks. Nr. 2085/2018)
6. GUGS (GRIFFBEREIT UNTERWEGS) ein Projekt für geflüchtete Familien mit Kindern von 0-6 Jahren
(Drucks. Nr. 2132/2018)
7. Zuwendung für Menschen verbinden Menschen
(Informationsdrucks. Nr. 2170/2018)
8. Sachstandsbericht zur Offensive gegen Antisemitismus
(Informationsdrucks. Nr. 2211/2018)
9. Bericht der Dezernentin
10. Aktuelles

Schostok

Oberbürgermeister

PROTOKOLL

17. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation
(Internationaler Ausschuss) am Donnerstag, 18. Oktober 2018,
Rathaus, Gobelinsaal

Beginn 14.00 Uhr
Ende 15.16 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister Hermann	(SPD)	
Ratsfrau Jeschke	(CDU)	
Ratsherr Döring	(FDP)	14.07 - 15.16 Uhr
Ratsherr Finck	(SPD)	
Ratsherr Hellmann	(CDU)	i.V. Ratsfrau Dr. Matz
Ratsfrau Iri	(SPD)	
Ratsherr Jacobs	(AfD)	14.10 - 15.16 Uhr
Ratsfrau Langensiepen	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Beigeordnete Dr. Markowis	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Pohl	(CDU)	i.V. Ratsherr Klapproth
Ratsherr Yildirim	(LINKE & PIRATEN)	

Beratende Mitglieder:

Frau Al-Amin	
Herr Dipl.-Ing. Faridi	
Frau Hanesyan	
Herr Kheder	
Herr Prof. Dr. Ing. Khoramnia	
Herr Lam	
Frau Marinova	14.07 - 15.16 Uhr

Grundmandat:

Ratsherr Förste	(Die FRAKTION)	i.V. Ratsherr Klippert
-----------------	----------------	------------------------

Verwaltung:

Stadträtin Beckedorf, Dez. III
Frau Dr. Doering, 50.6
Frau Stärk, 51.4
Frau Hannig-Schohaus, 50.60 (für das Protokoll)

Gäste:

Ratsherr Wolf	(LINKE & PIRATEN)
---------------	-------------------

Presse:

Jutta Rinas, HAZ/NP

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
3. Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zur Neuauflage des Lokalen Integrationsplans (LIP) - Herausforderungen an das Zusammenleben in einer multiethnischen Integrationsgesellschaft in der Landeshauptstadt Hannover
(Drucks. Nr. 2136/2018)
- 3.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2136/2018: Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zur Neuauflage des Lokalen Integrationsplans (LIP)
(Drucks. Nr. 2373/2018)
4. Antrag der AfD-Fraktion zur Verurteilung von weiblicher Genitalbeschneidung
(Drucks. Nr. 1197/2018)
- 4.1. Änderungsantrag der Fraktion die FRAKTION zu Drucks. Nr. 1197/2018: Verurteilung von weiblicher Genitalbeschneidung; "Straftaten verurteilen"
(Drucks. Nr. 1973/2018)
5. Antrag der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN zu "Hannover deklariert sich als sicherer Hafen"
(Drucks. Nr. 2085/2018)
6. GUGS (GRIFFBEREIT UNTERWEGS) ein Projekt für geflüchtete Familien mit Kindern von 0-6 Jahren
(Drucks. Nr. 2132/2018)
7. Zuwendung für Menschen verbinden Menschen
(Informationsdrucks. Nr. 2170/2018)
8. Sachstandsbericht zur Offensive gegen Antisemitismus
(Informationsdrucks. Nr. 2211/2018)
9. Bericht der Dezernentin
10. Aktuelles

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Bürgermeister Hermann eröffnet die Sitzung und stellt die fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Ratsfrau Iri verkündet, dass die SPD-Fraktion den Antrag unter Tagesordnungspunkt 5 in die Fraktion ziehen wolle. Da Vertreter des Seebrückenbündnisses anwesend seien, bitte sie darum, zu dem Tagesordnungspunkt trotzdem Redebeiträge zuzulassen und ihn nicht wortlos in die Fraktion ziehen.

Ratsfrau Jeschke informiert, dass die CDU gerne über den Antrag diskutieren würde.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann schlägt vor, dass man über den Antrag diskutieren könne und ihn anschließend in die Fraktion ziehe.

Beigeordnete Dr. Markowis schließt sich diesem Vorschlag an.

Die ergänzte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 2.

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Keine Wortmeldungen

TOP 3.

Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zur Neuauflage des Lokalen Integrationsplans (LIP) - Herausforderungen an das Zusammenleben in einer multiethnischen Integrationsgesellschaft in der Landeshauptstadt Hannover (Drucks. Nr. 2136/2018)

Ratsfrau Iri sagt, dass sie es schade finde, dass im Änderungsantrag der CDU der Beteiligungsprozess komplett gestrichen worden sei. Es gehe hier um die Beteiligung der Migrantengesellschaft und der im Antrag aufgelisteten Akteure aus der hannoverschen Stadtgesellschaft wie Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Unterstützerkreis und Vertreter der Religionsgemeinschaften. Diese Akteure leisteten aktiv Integrationsarbeit und wüssten, welche Veränderungen für eine gelingende Integration notwendig seien. Es sei ein falsches Signal, diese Akteure komplett außen vorzulassen, auch wenn sich die Überarbeitung des Lokalen Integrationsplanes dadurch zeitlich etwas verzögern werde. Die SPD halte es für ein deutlich wichtiges Signal alle zu beteiligen. Aus diesem Grund werde die SPD den CDU-Antrag ablehnen.

Beigeordnete Dr. Markowis merkt an, dass sie sich gewundert habe, dass die CDU diesen Antrag eingebracht habe. Sie habe im Anschluss an die Klausurtagung, auf die im Antrag auch Bezug genommen werde, den Eindruck gehabt, dass man einig darüber sei, dass der Lokale Integrationsplan neu aufgelegt werden müsse und dass dazu auch ein breiter Beteiligungsprozess gehöre. Genau dies habe auch die Jury des Gesellschaftsfonds Zusammenleben erkannt und die aktuelle Ausschreibung entsprechend ausgerichtet. Die

GFZ-Jury fordere bereits jetzt Organisationen auf, sich zu beteiligen. Sie finde, dies sei ganz genau der richtige Weg. Es sei schade, dass die CDU meine, dass dies alles nicht notwendig sei. Beigeordnete Dr. Markowis fährt fort, dass sie die CDU darum bitte, ihr Vorgehen noch einmal zu überdenken und dem gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zuzustimmen. Sie fährt fort, dass dieser Antrag auch der Tatsache Rechnung trage, dass man in Hannover viele migrantische Organisationen habe, die bei der Erstellung des Lokalen Integrationsplanes sehr gut beteiligt worden seien und die sich auch jetzt wieder einbringen könnten. Die CDU sende an diese Menschen und Organisationen ein ganz schwieriges Signal.

Ratsfrau Jeschke geht zunächst auf den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION ein, mit dem ein umfangreicher Beteiligungsprozess eingesetzt werden solle. Sie merkt an, dass es unlauter sei, zu behaupten, dass die CDU-Fraktion die Überarbeitung des Lokalen Integrationsplanes ablehne. Der Lokale Integrationsplan sei zustande gekommen, nachdem die Bundesregierung unter der Bundeskanzlerin Angela Merkel 2008/2009 einen Bundesintegrationsplan aufgestellt habe. Viele Länder und auch Kommunen hätten sich angeschlossen und daraufhin einen Lokalen Integrationsplan aufgestellt. Es gehe jetzt um eine Neuauflage, die man selbstverständlich wolle. Im Folgenden geht Ratsfrau Jeschke auf die Gründe der CDU-Fraktion für das Einbringen des Änderungsantrages ein und führt aus, dass die CDU im Anschluss an die stattgefundene Klausurtagung der Meinung gewesen sei, dass die Stadt Hannover einen neuen Integrationsplan auflegen müsse. Alle, einschließlich der Verwaltung, wüssten, was sie wollten. Dies gelte auch für MiSO, die einen entsprechenden Forderungskatalog aufgestellt hätten. Es hätte umfangreiche Veranstaltungen und Beschlüsse im vorpolitischen Feld gegeben, so dass man jetzt in der Lage sei, einen derartigen Integrationsplan aufzustellen. Wenn der CDU nun attestiert werde, dass sie diese wertvollen Mitbürger nicht beteiligen wolle, dann sei das nicht richtig. Man habe im Internationalen Ausschuss die beratenden Mitglieder, die bei MiSO und verschiedensten Vereinen aktiv seien und im Ausschuss genügend Mitspracherecht hätten. Man solle jetzt nicht mit ausufernden Beteiligungsprozessen unnötig Zeit ins Land gehen lassen, sondern mit einer mittlerweile sehr gut aufgestellten Verwaltung einen kurzen Verwaltungsweg gehen. Es sei ohne weiteres möglich, eine Art Charta aufzustellen, in der stehe, was Menschen, die nach Hannover kämen, von der Stadt erwarten könnten und was die Hannoveraner von ihnen erwarteten. Dabei gehe es um so banale Dinge wie Sprachvermittlung, Kindergärten, Schulpflicht und Migrationsarbeit durch Vereine. Man könne dies relativ kurzfassen. Wichtig sei, dass der Lokale Integrationsplan gelebt werde. Sie wolle weiter feststellen, dass der Lokale Integrationsplan aus dem Jahr 2008 im Jahr 2015 in keinsten Weise angewandt werden konnte. Die Probleme der Menschen, die 2015 nach Hannover gekommen seien, seien andere gewesen als zur Entstehungszeit des LIP. So sei zum Beispiel das Thema Obdach gar nicht im ursprünglichen LIP enthalten. Damit sich diese Situation nicht wiederhole, benötige man keine langwierigen Beteiligungsprozesse, sondern einen Grundkonsens, auf dessen Basis die vorhandenen Strukturen, wie z.B. der Internationale Ausschuss, weiterarbeiten sollten. In Sondersituationen, wie im Jahr 2015, hätten auch andere Ausschüsse Entscheidungen treffen können, wie dies der Bauausschuss zum Thema Obdach auch getan habe. Der Lokale Integrationsplan müsse ein Instrument sein, mit dem in den entsprechenden Fachausschüssen gearbeitet werden könne.

Herr Lam merkt an, dass der Internationale Ausschuss über das Thema auf seiner Klausurtagung in Barsinghausen gesprochen habe. Als Vorstandsmitglied von MiSO begrüße er, dass der erste Schritt zur Weiterentwicklung des Lokalen Integrationsplanes von der Stadt und auch von Migrantenselbstorganisationen unternommen werde. Seit Jahren fordere MiSO, dass Migrantenselbstorganisationen nicht nur in den Prozess der

Evaluierung und Weiterentwicklung des Lokalen Integrationsplanes einbezogen würden, sondern dabei eine Schlüsselrolle spielen sollten. Der vor zehn Jahren beschlossene Lokale Integrationsplan enthalte viele positive Ansätze und praktische Handlungsvorgaben, aber es werde Zeit, dass er weiterentwickelt werde. Man habe in der Vergangenheit gesehen, dass der Lokale Integrationsplan zur Aufklärung und Sensibilisierung der Verwaltungsinstitutionen beigetragen habe und dass er die Migrantenselbstorganisationen aufgewertet habe.

Ratsfrau Iri richtet ihr Wort an Ratsfrau Jeschke und äußert, dass sie erschrocken sei, dass nach dem guten Start auf der Klausurtagung in Barsinghausen nun eine Beteiligung aus Sicht der CDU nur noch bis zu einem bestimmten Punkt möglich sein solle. Man signalisiere so an die Migrantengesellschaft und die dort angesiedelten Vereine, dass deren Beteiligung nur bis zu einem bestimmten Punkt gewünscht sei. Die SPD-Fraktion wolle dieses Signal nicht senden. Es sei gut, dass Migranten und Migrantinnen in den Gremien vertreten seien, es reiche aber nicht aus, nur im Internationalen Ausschuss an der Überarbeitung des Lokalen Integrationsplanes zu arbeiten und weitere Vertreter aus der Stadtgesellschaft außen vorzulassen. Ratsfrau Iri erwähnt anschließend, dass im gemeinsamen Antrag davon die Rede sei, dass der Beteiligungsprozess durch einen Ideenwettbewerb aus vorhandenen Mitteln begleitet werden solle. Auch dieses streiche die CDU durch ihren Änderungsantrag heraus, ebenso wie die Beteiligung der Integrationsbeiräte.

Beigeordnete Dr. Markowis äußert, dass der Lokale Integrationsplanes so stark sei aufgrund des damals stattgefundenen Beteiligungsprozesses. Ohne diese Beteiligung von sehr vielen Organisationen verschiedenster Art und ohne die Mitnahme des Wissens der Zivilgesellschaft hätte man nicht dieses Ergebnis erzielt. Die Landeshauptstadt Hannover sei schon damals ein gutes Beispiel dafür gewesen, wie man als bunte internationale Stadt gut agieren könne. Es sei jetzt an der Zeit, dies zu wiederholen, und man könne nicht hinter das zurück, was damals gemacht worden sei. Es sei ein gruseliges Zeichen, jetzt zu behaupten, dass die Verwaltung und der Internationale Ausschuss ausreichend Bescheid wüssten, und die Organisationen, die in diesem Feld unterwegs seien, ignoriert würden.

Ratsherr Finck betont, dass in diesem Zusammenhang der Weg das Ziel sei. Er glaube, dass Integration ohne Beteiligung nicht funktionieren könne. Es sei bereits ein großes Stück Integration, dass man in Hannover den Beteiligungsprozess von Anfang an vorsehe. Dies biete auch Identifikationsmöglichkeiten mit den demokratischen Prozessen und Strukturen in Hannover. Es sei zu kurz gegriffen zu behaupten, dass die gesamte Migrationsgesellschaft im Internationalen Ausschuss vertreten sei. Es gäbe Tausende Menschen in der Stadtgesellschaft, die sich vielleicht auch beteiligen möchten und gehört werden wollten. Sein Wunsch sei, dass die CDU ihren Antrag noch einmal überdenke und die Beteiligung in den Vordergrund stelle.

Ratsherr Jacobs kündigt an, dass die AfD-Fraktion den Antrag ablehnen werde, da in diesem viel zu sehr Wert daraufgelegt werde, die Menschen hier zu integrieren. Es werde zu wenig geschaut, welche Aufbauarbeit in den Ländern, in die diese Menschen zurückgehen könnten, geleistet werden könne. Die Menschen seien durch halb Europa gewandert und wollten nun in Deutschland integriert werden, obwohl sie zum Teil nicht einmal einen Anspruch darauf hätten, bleiben zu können. Der Fokus solle sehr deutlich auf eine Rücknahme bzw. Rücklieferung gelegt werden.

Ratsfrau Jeschke erwidert, dass man über den Lokalen Integrationsplan aus dem Jahre 2008, der erneuert werde solle, rede, und Herr Jacobs rede wieder nur von den neu hinzugekommenen Menschen. Dies sei ein sehr eindimensionales Denken. Hannover sei eine Stadt, in der viele Menschen unterschiedlicher Nationalität lebten. Es gehe nun darum,

dass in Hannover alle miteinander ein gutes Leben hätten. Das Thema sei nicht die Situation in den Herkunftsländern. Mit Bezug auf die Äußerung von Ratsherrn Finck wolle sie anmerken, dass auch sie der Meinung sei, dass der Weg das Ziel sei. Der Fokus liege ihr aber zu sehr auf dem Beteiligungsprozess und zu wenig darauf, dass der Lokale Integrationsplan gelebt werden solle. Selbstverständlich müsse es für die Überarbeitung des Lokalen Integrationsplanes ein Beteiligungsformat geben. Sie erklärt, dass die CDU in diesem Zusammenhang vor allem die Herstellung eines Grundkonsenses für wichtig halte. Wie dieser dann aktiv in verschiedensten Situationen gelebt werde, könne in den politischen Gremien, z.B. im Internationalen Ausschuss, verhandelt werden. Selbstverständlich seien vorhandene Strukturen auf allen Stadtebenen und Vereinsebenen weiter vorhanden und sollten nicht abgeschafft werden. Man brauche eine Art Grundplan in Form einer Arbeitsanleitung. Die politischen Entscheidungen seien dann in den Ausschüssen zu treffen. Das politische Modell in Deutschland basiere auf regelmäßig gewählten Volksvertretern, die die politische Arbeit machten. In einigen Gremien, wie zum Beispiel im Internationalen Ausschuss, seien zusätzlich Bürger beratend vertreten. Aus ihrer Sicht sei dies ein fantastisches Instrument, welches für eine Beteiligung völlig ausreichend sei.

Frau Marinova führt an, dass man die Menschen, für die der Lokale Integrationsplan gedacht sei, mitnehmen müsse. Integration sei ein Prozess, der Zeit brauche. Je mehr Beteiligung es gebe, desto besser gelinge die Integration.

Ratsherr Döring betont, dass man unter Mitnahme vieler Akteure die besseren Ergebnisse erziele. Man könne dies anders sehen und das finde er in vielen Politikbereichen auch sympathisch, aber in dem Bereich, um den es hier gehe, sei dieser Blick am wenigsten geeignet. Er wolle auch noch etwas zu der Einlassung von Herrn Jacobs sagen. Die Gesellschaft, die Herr Jacobs sich zurückwünsche, gebe es schon seit Jahrzehnten nicht mehr. In Hannover lebten mehr als 100.000 Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund. Sie seien aus unterschiedlichen Gründen gekommen und hätten hier Arbeit, Familie und Heimat gefunden. An all diese Menschen wende man sich mit dem Internationalen Ausschuss und für alle diese Menschen wolle man eine ordentliche Stadt organisieren. Sich so eindimensional und zugespitzt nur auf die Flüchtlinge und die ggfs. abgelehnten Asylbewerber zu beschränken, mache ihm deutlich, dass die AfD einer Gesellschaft hinterhertrauere, die es seit hundert Jahren nicht mehr gebe.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann weist, unter Bezugnahme auf Beifall aus Reihen der Gäste, darauf hin, dass Beifall innerhalb des Gremiums erlaubt sei, aber nicht von Seiten der Zuhörerinnen und Zuhörer. Er bitte dafür um Verständnis und weise in diesem Zusammenhang auf die Geschäftsordnung hin.

Beigeordnete Dr. Markowis erläutert, dass der Lokale Integrationsplan aus Sicht der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen auf breiten Füßen stehe müsse, wenn er gut werden solle. Bei der Umsetzung müsse die Politik mit der Verwaltung zusammenarbeiten. Was dafür notwendig sei und welche Maßnahmen, Ideen und Ziele es gebe, wisse die Zivilgesellschaft am besten.

Herr Lam sagt, dass er in der Integrationspolitik eine ganz andere Meinung als Herr Jacobs vertrete. Deutschland sei schon sehr lange ein Einwanderungsland und Hannover eine Einwanderungsstadt. Es gehe um die Frage, wie die gleichberechtigte Teilhabe mit Entscheidungsfunktionen umgesetzt werde. Die Vielfalt in der Gesellschaft sei eine gelebte Grundüberzeugung. Es gebe aber auch Rassismus und tägliche Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten. Im Lokalen Integrationsplan gebe es bereits viele positive Ansätze und praktische Handlungsanweisungen, aber jetzt gehe es um die Zukunft und die Weiterentwicklung des Lokalen Integrationsplanes.

Ratsherr Yildirim äußert, dass Hannover eine inter- und multikulturelle Stadt sei. Migranten und Flüchtlinge sowie Institutionen, Vereine und Verbände sollten zusammenarbeiten. Aus diesem Grunde lehne er den Änderungsantrag der CDU ab und bitte um Zustimmung zum gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION.

Ratsherr Jacobs äußert, dass es nicht darum gehe, jedem Migranten auf die Füße zu treten. Man habe seit Jahrzehnten Migranten in der Stadt, für die es auch ohne Integrationsprogramme immer vorwärtsgegangen sei und die sich wunderbar integriert hätten. Jetzt habe man die Situation, dass viele Menschen aus Ländern gekommen seien, in denen sie eigentlich dringend gebraucht würden. Wenn die Kriegsangelegenheiten dort beendet seien und die Aufbauarbeiten begännen, dann müsse auch die Möglichkeit bestehen, die Menschen wieder dorthin zurückzubringen. Hierfür müsse man Vorsorge treffen. Dies sei in den bestehenden Programmen nicht berücksichtigt, die er als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Sozialarbeiter sehe. Seine Aussagen seien nicht gegen Migranten gerichtet. Die AfD habe auch Migranten in ihrer Partei.

7 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 3.1.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2136/2018: Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zur Neuauflage des Lokalen Integrationsplans (LIP)

(Drucks. Nr. 2373/2018)

3 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 4.

Antrag der AfD-Fraktion zur Verurteilung von weiblicher Genitalbeschneidung (Drucks. Nr. 1197/2018)

Ratsherr Jacobs erläutert, dass die AfD jede Relativierung in dieser Sache ablehne. Er gehe davon aus, dass die weiteren Ausschussmitglieder dies beim Thema Genitalbeschneidung letztendlich auch täten. Er sei insofern dafür, dass die Ausschussmitglieder überlegten, ob sie den Antrag der AfD akzeptieren könnten. Die AfD könne diese religiös oder kulturell motivierte Genitalbeschneidung nicht akzeptieren.

Ratsherr Förste erklärt, dass DIE FRAKTION einen Änderungsantrag gestellt habe, um auf die Absurdität des Antrages der AfD hinzuweisen. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit stehe im Grundgesetz und werde durch das Strafgesetzbuch geschützt. Aus diesem Grunde sei der Antrag völlig überflüssig. Der AfD-Antrag beinhalte lediglich eine Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Die weibliche Genitalverstümmelung sei im Übrigen nicht religiös motiviert durch den Islam. Sie beruhe auf Traditionen vorislamischer und teilweise vorchristlicher Stammesstrukturen. Viele Frauen flüchteten aus Afrika, da sie hier vor Genitalverstümmelung geschützt seien.

Beigeordnete Dr. Markowis sagt, dass man beim AfD-Antrag nur die Begründung

anschauen müsse, deren erster Satz von „der unkontrollierten Masseneinwanderung“ spreche, um zu sehen, dass es der AfD gar nicht um die Frauen gehe. Vielmehr wolle die AfD stigmatisieren, verurteilen und Einwanderung an sich brandmarken. Allein dies motiviere dazu, dem Antrag nicht zuzustimmen. Dem Antrag der Fraktion DIE FRAKTION könne sie nicht viel hinzufügen, da er sehr deutlich mache, dass es darum gehe, Frauen vor Straftaten in Deutschland zu schützen, wofür aber die Kommunen gar nicht zuständig seien. Deshalb lehnten die Grünen beide Anträge ab.

Ratsherr Jacobs merkt an, dass Frauen zum Teil in bestimmte Gebiete ausreisten, damit dort genau das gemacht werde, was man hier nicht genehmigt bekomme und was hier zu Recht verboten sei. Dem müsse man auch nachgehen. Genau das passiere unter dem Deckmantel der Religion. Ärzte könnten hier lediglich im Nachhinein feststellen, was passiert sei. Niemand kümmere sich um dieses Thema. Letztendlich sei den Menschen Schaden zugefügt worden, was aber niemanden interessiere.

1 Stimme dafür, 10 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 4.1.

Änderungsantrag der Fraktion die FRAKTION zu Drucks. Nr. 1197/2018: Verurteilung von weiblicher Genitalbeschneidung; "Straftaten verurteilen" (Drucks. Nr. 1973/2018)

0 Stimmen dafür, 11 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5.

Antrag der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN zu "Hannover deklariert sich als sicherer Hafen" (Drucks. Nr. 2085/2018)

Vorsitzender Bürgermeister Hermann weist die anwesenden Zuschauer auf die Geschäftsordnung hin, die Demonstrationen jeglicher Art, auch das Zeigen von Transparenten, in Ausschusssitzungen und Ratssitzungen verbiete.

Ratsherr Wolf erklärt, dass er den Antrag vorstellen werde, obwohl er nicht Mitglied des Internationalen Ausschusses, sondern viel mehr der Antragsteller sei. In der Sitzung des Internationalen Ausschusses sitze er im Übrigen nur in zweiter Linie als Ratsherr der Stadt Hannover und auch in keiner Hinsicht als Parteipolitiker. Er stelle den Antrag vor aufgrund seiner Rolle als Kapitän eines Flüchtlingsschiffes.

Ratsherr Wolf verliest den Antragstext.

Ratsherr Wolf führt zur Begründung des Antrags aus, dass sich in letzter Zeit andere Städte in Deutschland als sichere Häfen deklariert hätten. Dies seien u.a. Köln, Dortmund, Rostock und Hamburg. Er wisse sehr wohl, dass die Stadt Hannover nicht die Welt retten könne. Man könne aber sehr wohl ein symbolisches Zeichen setzen. Er glaube nicht, dass die demokratischen Fraktionen etwas dagegen haben könnten, die Seenotrettung im Mittelmeer zu unterstützen. Es gehe nicht in erster Linie um Flucht, sondern darum, dass Menschen in Seenot seien. Die Stadt Hannover könne die Seenotrettung nicht durchführen, aber sie könne ein Zeichen der Unterstützung setzen. Man wolle zeigen, dass jedes Menschenleben auf dem Meer gleich viel wert sei, unabhängig davon, in welchem Meer sich die Seenotsituation ereigne. Die Mission „Mission Lifeline“ sehe sich durch die letzte Teilzahlung eines Spenders mit der zusammengebrachten Summe von 475.000 Euro jetzt

in der Lage, ein neues Schiff zu kaufen, auszurüsten und im Mittelmeer auf Fahrt zu schicken. Dies sei möglich geworden dank der Hilfe der deutschen Zivilgesellschaft und vieler Prominenter. Er bitte um Zustimmung zum vorliegenden Antrag und befürworte auch einen Alternativantrag. Aus der Schwimmweste, die er mitgebracht habe und in seinen Händen halte, sei vor seinen Augen ein kleines Kind gerutscht und ertrunken. Er wolle das nie vergessen. Solche Momente brächten einen dazu, anders zu gucken und zu denken. Es sei eine Absurdität, was nur ein paar Kilometer entfernt von den Urlaubsstränden passiere. Er weise darauf hin, dass der Antrag aus der Zivilgesellschaft komme und kein parteipolitischer Antrag sei.

Ratsfrau Iri sagt, dass es ihr persönlich schwer falle, sachlich auf diesen sehr emotionalen Beitrag zu reagieren. Die SPD habe den Antrag in die Fraktion gezogen, weil sie den Antrag als wichtig empfinde. Auch für die SPD sei die humanitäre Hilfe eine Selbstverständlichkeit. Man werde darüber beraten und schauen, welchen Weg man gehen könne.

Beigeordnete Dr. Markowis macht deutlich, dass die Grünen das Thema genauso beurteilten wie ein Teil des Seebrücke-Bündnisses. Rot-Grün-Gelb arbeite bereits an der Formulierung eines Appells. Sowohl die Grünen als auch Rot-Grün-Gelb unterstützten auf jeden Fall das Ansinnen, an die Bundesregierung und an andere europäische Staaten zu appellieren, sich verstärkt für die Seenotrettung auf dem Mittelmeer einzusetzen. Es habe im Jahr 2018 offiziell bereits mehr als 1500 Tote gegeben. Die Dunkelziffer sei sicherlich noch höher. Man müsse dort etwas tun. Sie gehe davon aus, dass man in der nächsten Sitzung den Antrag von Rot-Grün-Gelb einbringen könne, den man auch gerne interfraktionell erarbeiten könne.

Ratsherr Förste ergänzt, dass Spanien jetzt der neue Hotspot bei den Flüchtlingsbewegungen im Mittelmeer sei. Seine Fraktion und DIE PARTEI fänden den neuen Antrag auch sehr unterstützenswert. Es sei unglaublich, dass Häfen, vorwiegend in Italien, aber auch auf Malta, geschlossen worden seien. Dies stelle einen Bruch des Internationalen Völkerrechts und des Internationalen Seerechts dar. Es gebe auch in Italien und in den USA Städte, die im Widerspruch zu ihren rechtskonservativen Regierungen ein solches Angebot machten, was recht gut funktioniere. Er wolle in diesem Zusammenhang auch auf die besondere historische Verantwortung und Erfahrung Deutschlands hinweisen, auf der letztendlich auch die Asylgesetzgebung beruhe.

Ratsherr Jacobs erwidert, dass seine Fraktion dies ganz anders sehe. Es handele sich um ein riesiges Schlepperprogramm. Fast alle Leute, die über das Mittelmeer flüchteten, müssten irgendwo dafür bezahlen. Es gebe Leute, die diese Kosten noch jahrzehntelang abbezahlten, zum Teil finanziert durch Prostitution. Man wisse nicht genau, wer komme. Die Seenotrettung solle die Leute nach Libyen oder nach Tunis zurückbringen. Dies seien genauso sichere Länder wie andere auch. Aufgrund der Tatsache, dass einige Häfen in Italien jetzt geschlossen seien, würden die Menschen jetzt über Spanien gehen. Die meisten von ihnen hätten keinen Asylgrund in Europa. Wenn sie erst einmal in Europa seien, bekäme man sie nur sehr schwer wieder aus Europa heraus. Genau deswegen werde die AfD gegen diesen Antrag stimmen.

Herr Lam sagt, dass ihn dieser Antrag sehr bewegt habe. Er habe sich an die humanitäre Rettung von vietnamesischen Bootsflüchtlingen in den 70er und 80er Jahren erinnert. Es habe damals eine große Unterstützung durch das Land Niedersachsen und den damaligen CDU-Ministerpräsidenten Albrecht gegeben. Er wünsche sich, dass das deutsche Volk weiterhin so humanitär handle. Er unterstütze den Antrag und sei auch damit einverstanden, den Antrag in die Fraktion zu ziehen.

Ratsfrau Jeschke merkt an, dass die humanitäre Idee eine große Idee sei, die eigentlich

alle, einschließlich der AfD, unterstützen sollten. Es handele sich um ein weltweites Problem, denn es stürben nicht nur Menschen im Mittelmeer, sondern auch vor den kanarischen Inseln oder vor Australien. Angesichts dessen müsse man durch humanitäre Maßnahmen Zeichen setzen. Ihre Partei sei der humanitären Grundausrichtung komplett verpflichtet. Man könne darüber streiten, ob Deklarationen in diesem Zusammenhang helfen können. Wenn sich alle einig seien, dass u.a. von der italienischen Regierung internationales Recht gebrochen werde, dann sei dies schon ein erster Schritt. Ein weiterer Schritt sei, dass man das Thema gemeinsam und solidarisch in Europa angehen müsse. Sie appelliere deshalb an das anwesende relativ junge Publikum, nicht nur mit Einzelaktionen zu agieren, sondern auch durch Wahrnehmung ihrer demokratischen Pflichten dafür Sorge zu tragen, dass Parteien, die nicht humanitär denken, und dass sage sie ganz bewusst Richtung AfD, nicht gewählt würden.

Ratsherr Wolf erklärt, dass er sehr viel guten Willen und Empathie vernommen habe und stolz sei, Mitglied dieses Rates zu sein. Das In-die-Fraktion-Ziehen der Drucksache bedeute allerdings einen Monat Verzögerung. Angesichts der Tatsache, dass jeden Tag Menschen auf dem Meer stürben, dürfe man sich mit der Entscheidung in dieser Sache keine Zeit lassen.

Auf Wunsch der SPD-Fraktion in die Fraktionen gezogen

TOP 6.

**GUGS (GRIFFBEREIT UNTERWEGS) ein Projekt für geflüchtete Familien mit Kindern von 0-6 Jahren
(Drucks. Nr. 2132/2018)**

Beigeordnete Dr. Markowis merkt an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen es gut finde, dass der Übergang in die Regelbetreuung so gut funktioniere. Dies sei vorbildhaft.

Ratsfrau Jeschke fragt, ob das Projekt in einem festen Rahmen stattfinde oder ob es Überlegungen gebe, das Projekt auch an anderen Standorten durchzuführen.

Frau Stärk antwortet, dass das Projekt auf jeden Fall beweglich sei. Man habe ursprünglich an sechs Standorten gestartet, jetzt seien es neun. Wenn es einen Bedarf vor Ort nicht mehr gebe, dann werde man an einen anderen Standort weiterwandern.

10 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 7.

**Zuwendung für Menschen verbinden Menschen
(Informationsdrucksache Nr. 2170/2018)**

Beigeordnete Dr. Markowis stellt die Frage, was mit den im Projekt nicht verausgabten Mitteln geschehen sei. Sie wolle wissen, ob das Geld dem Haushalt wieder zufließe und zum Beispiel für andere Projekt eingesetzt werde.

Frau Dr. Doering führt aus, dass die Verwaltung versuchen wolle, die Mittel über den Haushalt 2019 weiter zu sichern. Man habe vor dem Problem gestanden, dass der Integrationsfonds erheblich überbucht gewesen sei und habe deshalb versucht, die Mittel ein Stück weit für die Einbürgerungslotsinnen und -lotsen zu nutzen. Sie kündigt an, dass die Ausschussmitglieder hierzu zukünftig noch eine Information bekämen. Auch das Projekt

„Dialog macht Schule“, das man im Ausschuss schon vorgestellt habe, sei mit Hilfe dieser Mittel gefördert worden. Man werde versuchen, einen Teil der Mittel für die Überarbeitung des Lokalen Integrationsplanes in den Jahren 2019 und 2020 zurückzuhalten, was aber nur in Teilen möglich sei.

Zur Kenntnis genommen

TOP 8.

Sachstandsbericht zur Offensive gegen Antisemitismus (Informationsdrucksache Nr. 2211/2018)

Ratsfrau Iri bedankt sich bei der Verwaltung und betont, dass die SPD-Fraktion sehr zufrieden sei mit der Umsetzung ihres Auftrages. Die SPD-Fraktion fände insbesondere auch den Expertenkreis sehr gut sowie die geplante Tagung für Fachkräfte und Multiplikatoren. Sie fragt, ob man neben den in der Drucksache genannten Akteuren wie Polizei, Justiz und christliche Kirchen auch die Moscheegemeinden einbinden könne. Es sei bekannt, dass es auch innerhalb der muslimischen Bevölkerung Antisemitismus gebe, was man vermeiden wolle.

Frau Dr. Doering antwortet, dass man werde selbstverständlich auch Moscheegemeinden zu der Tagung einlade. Sie werte die Frage von Ratsfrau Iri als Aufforderung, sich auch mit dem Thema des muslimischen Antisemitismus auseinanderzusetzen. Das Thema habe man sehr intensiv in dem Experteninnen- und Expertengremium diskutiert. Man sei dort zu der Überzeugung gekommen, dass der muslimische Antisemitismus eine Form des Antisemitismus unter vielen anderen sei. Dies sei jedoch ohne Zweifel ein wichtiger Aspekt, mit dem man sich auch auseinandersetzen wolle. Ein thematischer Schwerpunkt der Fachtagung am 29. und 30.1.2019 seien aktuelle Erscheinungsformen und Orte des Antisemitismus sowie auch israelbezogener Antisemitismus. Bei dem Fachtag werde man sich, und dies sei auch der Auftrag gewesen, mit den verschiedenen Facetten beschäftigen. Das Expertinnen- und Expertengremium sehe die Tagung als Auftakt.

Ratsfrau Langensiepen äußert, dass sie sich bei Frau Dr. Doering für den wunderbaren Bericht bedanken wolle und sich sehr gefreut habe, dass die Initiative der Grünen und des Ampelbündnisses relativ schnell umgesetzt worden sei. Es freue sie besonders, dass es eine Dokumentations- und Anlaufstelle geben solle. In Unterhaltungen mit Vertreterinnen und Vertretern der jüdischen Gemeinden habe sie oft gehört, dass gerade Schülerinnen und Schüler in den Schulklassen antisemitisch angegriffen würden und nicht wagten sich zu outen. Sie begrüße die Schaffung einer Anlaufstelle, wo diese Personen Hilfe und Beratung bekommen oder eine Anzeige machen könnten. In der Drucksache stehe, dass der Fachtag für Anfang Januar geplant sei. Sie wolle gern wissen, ob dies auch so umgesetzt werden könne.

Frau Dr. Doering informiert, dass die Veranstaltung am 30.1.2019 stattfinden werde. Man habe es geschafft, den Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus in Deutschland nach Hannover zu holen. Dieser freue sich sehr über die Veranstaltung und die Initiative des Rates.

Ratsfrau Jeschke merkt an, dass sie die Aussage von Ratsfrau Iri noch einmal verstärken wolle. Sie wundere sich schon, wenn sie lese, wer an der Veranstaltung teilnehmen solle. In der Drucksache sei erwähnt, dass man Vertreter christlicher Kirchen einladen wolle. Sie sei der Meinung, dass man das Wort „christlich“ hier streichen und stattdessen von Religionsvertretern sprechen solle, weil es nicht nur im Christentum, sondern durchaus auch in anderen Religionen entschiedene Vorurteile gebe und mögliche Vorfälle auch hierdurch

bedingt seien. Dies solle sich auch an den Teilnehmern der Fachtagung abbilden. Sie begrüße eine große öffentliche Einladung zur Tagung an die Religionsvertreter. Durch eine öffentliche Einladung baue man auch einen gewissen Druck auf, sich als Gesprächsteilnehmer oder Teilnehmer an Podiumsdiskussionen zur beteiligen. Angesichts der vielschichtigen Gesellschaft mit vielen unterschiedlichen Herkünften und Religionen reiche es ihr nicht aus, wenn nur von Polizei, Justiz und christlichen Kirchen gesprochen werde.

Frau Dr. Doering erwidert, dass man selbstverständlich alle Vertreterinnen und Vertreter der Religionsgemeinschaften in Hannover und möglicherweise auch darüber hinaus einladen werde. Es zeige sich hier möglicherweise ein Bias, den man habe, wenn man sich mit dem Thema Antisemitismus beschäftige. Sie bitte dies zu entschuldigen.

Beigeordnete Dr. Markowis sagt, dass sie sich dem bereits Gesagten anschließe. Sie gehe davon aus, dass in den Haushalt Geld eingestellt werde, um eine Dokumentationsstelle für antisemitische Vorfälle einzurichten.

Frau Dr. Doering betont, dass sich die Verwaltung sehr über den Auftrag zur Offensive gegen Antisemitismus gefreut habe. Die Verwaltung habe ein hohes Maß an Motivation und habe auch bereits hervorragende Kooperationspartnerinnen und -partner in diesem Feld gefunden. Die Kooperationspartner hätten bestimmte Wünsche an die Verwaltung, was haushalterisch dazu führe, dass bestimmte Dinge nur mit zusätzlichen Mitteln umgesetzt werden könnten. Insofern würde sie sich sehr über die Bereitstellung von Mitteln freuen.

Zur Kenntnis genommen

TOP 9.

Bericht der Dezernentin

Frau Beckedorf informiert über den 11. Wettbewerb des Gesellschaftsfonds Zusammenleben, der unter dem Thema stehe „Erfahrung für die Zukunft! Zehn Jahre Lokaler Integrationsplan – Wie soll es weitergehen?“. Die Abgabefrist für die Interessenbekundungen sei bis Ende Oktober. Weiter wolle sie hinweisen auf die MiSO-Konferenz, die am 19.10.2018 ab 14 Uhr im Rathaus stattfinden werde. Am gleichen Tag gebe es ein Worldcafé, veranstaltet von der Volkshochschule, unter dem Titel „Hat die europäische Union eine Zukunft? Was geht mich das an?“ sowie einen Fachtag des Niedersächsischen Integrationsrates zum Thema „Mehrsprachigkeit fördern. Angebote an Niedersachsens Schulen ausbauen“. Hinweisen wolle sie auch auf das Jubiläum der Antidiskriminierungsstelle, das am 30.10.2018 gefeiert werde. Die Einladung sei den Ausschussmitgliedern bereits zugegangen. Abschließend wolle sie auf das Recherche- und Netzwerktreffen für Ehrenamtliche und Geflüchtete hinweisen, das regelmäßig montags von 18 bis 20 Uhr in der Hamburger Allee stattfinde.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann merkt an, dass einige Ausschussmitglieder an den am Folgetag stattfindenden Veranstaltungen nicht teilnehmen könnten, da zeitgleich die Haushaltsplanberatungen einiger Fraktionen stattfänden.

TOP 10.

Aktuelles

Herr Lam informiert, dass am Samstag 20.10.2018 die Veranstaltung „Weniger Gespräche“ stattfinde mit dem Thema „Wie gestalten wir die Arbeit von morgen?“. Es gehe

dabei um die Rolle des Menschen in der Arbeitswelt von morgen. Am 26.10.2018 finde im Freizeitheim Vahrenwald der sogenannten „Integrationstag“ mit einer Podiumsdiskussion statt. Bezugnehmend auf das Jubiläum der Antidiskriminierungsstelle wolle er daran erinnern, dass MiSO seit Jahren die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle für das Land Niedersachsen fordere, welche es aber bislang leider noch nicht gebe.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann schließt die Sitzung um 15:16 Uhr.

Stadträtin Beckedorf

Hannig-Schohaus (für das Protokoll)



Druckversion.pdf

PROTOKOLL

17. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation
(Internationaler Ausschuss) am Donnerstag, 18. Oktober 2018,
Rathaus, Gobelinsaal

Beginn 14.00 Uhr
Ende 15.16 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister Hermann	(SPD)	
Ratsfrau Jeschke	(CDU)	
Ratsherr Döring	(FDP)	14.07 - 15.16 Uhr
Ratsherr Finck	(SPD)	
Ratsherr Hellmann	(CDU)	i.V. Ratsfrau Dr. Matz
Ratsfrau Iri	(SPD)	
Ratsherr Jacobs	(AfD)	14.10 - 15.16 Uhr
Ratsfrau Langensiepen	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Beigeordnete Dr. Markowis	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Pohl	(CDU)	i.V. Ratsherr Klapproth
Ratsherr Yildirim	(LINKE & PIRATEN)	

Beratende Mitglieder:

Frau Al-Amin	
Herr Dipl.-Ing. Faridi	
Frau Hanesyan	
Herr Kheder	
Herr Prof. Dr. Ing. Khoramnia	
Herr Lam	
Frau Marinova	14.07 - 15.16 Uhr

Grundmandat:

Ratsherr Förste	(Die FRAKTION)	i.V. Ratsherr Klippert
-----------------	----------------	------------------------

Verwaltung:

Stadträtin Beckedorf, Dez. III
Frau Dr. Doering, 50.6
Frau Stärk, 51.4
Frau Hannig-Schohaus, 50.60 (für das Protokoll)

Gäste:

Ratsherr Wolf	(LINKE & PIRATEN)
---------------	-------------------

Presse:

Jutta Rinas, HAZ/NP

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
3. Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zur Neuauflage des Lokalen Integrationsplans (LIP) - Herausforderungen an das Zusammenleben in einer multiethnischen Integrationsgesellschaft in der Landeshauptstadt Hannover
(Drucks. Nr. 2136/2018)
- 3.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2136/2018: Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zur Neuauflage des Lokalen Integrationsplans (LIP)
(Drucks. Nr. 2373/2018)
4. Antrag der AfD-Fraktion zur Verurteilung von weiblicher Genitalbeschneidung
(Drucks. Nr. 1197/2018)
- 4.1. Änderungsantrag der Fraktion die FRAKTION zu Drucks. Nr. 1197/2018: Verurteilung von weiblicher Genitalbeschneidung; "Straftaten verurteilen"
(Drucks. Nr. 1973/2018)
5. Antrag der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN zu "Hannover deklariert sich als sicherer Hafen"
(Drucks. Nr. 2085/2018)
6. GUGS (GRIFFBEREIT UNTERWEGS) ein Projekt für geflüchtete Familien mit Kindern von 0-6 Jahren
(Drucks. Nr. 2132/2018)
7. Zuwendung für Menschen verbinden Menschen
(Informationsdrucks. Nr. 2170/2018)
8. Sachstandsbericht zur Offensive gegen Antisemitismus
(Informationsdrucks. Nr. 2211/2018)
9. Bericht der Dezernentin
10. Aktuelles

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Bürgermeister Hermann eröffnet die Sitzung und stellt die fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Ratsfrau Iri verkündet, dass die SPD-Fraktion den Antrag unter Tagesordnungspunkt 5 in die Fraktion ziehen wolle. Da Vertreter des Seebrückenbündnisses anwesend seien, bitte sie darum, zu dem Tagesordnungspunkt trotzdem Redebeiträge zuzulassen und ihn nicht wortlos in die Fraktion ziehen.

Ratsfrau Jeschke informiert, dass die CDU gerne über den Antrag diskutieren würde.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann schlägt vor, dass man über den Antrag diskutieren könne und ihn anschließend in die Fraktion ziehe.

Beigeordnete Dr. Markowis schließt sich diesem Vorschlag an.

Die ergänzte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 2.

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Keine Wortmeldungen

TOP 3.

Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zur Neuauflage des Lokalen Integrationsplans (LIP) - Herausforderungen an das Zusammenleben in einer multiethnischen Integrationsgesellschaft in der Landeshauptstadt Hannover (Drucks. Nr. 2136/2018)

Ratsfrau Iri sagt, dass sie es schade finde, dass im Änderungsantrag der CDU der Beteiligungsprozess komplett gestrichen worden sei. Es gehe hier um die Beteiligung der Migrantengesellschaft und der im Antrag aufgelisteten Akteure aus der hannoverschen Stadtgesellschaft wie Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Unterstützerkreis und Vertreter der Religionsgemeinschaften. Diese Akteure leisteten aktiv Integrationsarbeit und wüssten, welche Veränderungen für eine gelingende Integration notwendig seien. Es sei ein falsches Signal, diese Akteure komplett außen vorzulassen, auch wenn sich die Überarbeitung des Lokalen Integrationsplanes dadurch zeitlich etwas verzögern werde. Die SPD halte es für ein deutlich wichtiges Signal alle zu beteiligen. Aus diesem Grund werde die SPD den CDU-Antrag ablehnen.

Beigeordnete Dr. Markowis merkt an, dass sie sich gewundert habe, dass die CDU diesen Antrag eingebracht habe. Sie habe im Anschluss an die Klausurtagung, auf die im Antrag auch Bezug genommen werde, den Eindruck gehabt, dass man einig darüber sei, dass der Lokale Integrationsplan neu aufgelegt werden müsse und dass dazu auch ein breiter Beteiligungsprozess gehöre. Genau dies habe auch die Jury des Gesellschaftsfonds

Zusammenleben erkannt und die aktuelle Ausschreibung entsprechend ausgerichtet. Die GFZ-Jury fordere bereits jetzt Organisationen auf, sich zu beteiligen. Sie finde, dies sei ganz genau der richtige Weg. Es sei schade, dass die CDU meine, dass dies alles nicht notwendig sei. Beigeordnete Dr. Markowis fährt fort, dass sie die CDU darum bitte, ihr Vorgehen noch einmal zu überdenken und dem gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zuzustimmen. Sie fährt fort, dass dieser Antrag auch der Tatsache Rechnung trage, dass man in Hannover viele migrantische Organisationen habe, die bei der Erstellung des Lokalen Integrationsplanes sehr gut beteiligt worden seien und die sich auch jetzt wieder einbringen könnten. Die CDU sende an diese Menschen und Organisationen ein ganz schwieriges Signal.

Ratsfrau Jeschke geht zunächst auf den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION ein, mit dem ein umfangreicher Beteiligungsprozess eingesetzt werden solle. Sie merkt an, dass es unlauter sei, zu behaupten, dass die CDU-Fraktion die Überarbeitung des Lokalen Integrationsplanes ablehne. Der Lokale Integrationsplan sei zustande gekommen, nachdem die Bundesregierung unter der Bundeskanzlerin Angela Merkel 2008/2009 einen Bundesintegrationsplan aufgestellt habe. Viele Länder und auch Kommunen hätten sich angeschlossen und daraufhin einen Lokalen Integrationsplan aufgestellt. Es gehe jetzt um eine Neuauflage, die man selbstverständlich wolle. Im Folgenden geht Ratsfrau Jeschke auf die Gründe der CDU-Fraktion für das Einbringen des Änderungsantrages ein und führt aus, dass die CDU im Anschluss an die stattgefundene Klausurtagung der Meinung gewesen sei, dass die Stadt Hannover einen neuen Integrationsplan auflegen müsse. Alle, einschließlich der Verwaltung, wüssten, was sie wollten. Dies gelte auch für MiSO, die einen entsprechenden Forderungskatalog aufgestellt hätten. Es hätte umfangreiche Veranstaltungen und Beschlüsse im vorpolitischen Feld gegeben, so dass man jetzt in der Lage sei, einen derartigen Integrationsplan aufzustellen. Wenn der CDU nun attestiert werde, dass sie diese wertvollen Mitbürger nicht beteiligen wolle, dann sei das nicht richtig. Man habe im Internationalen Ausschuss die beratenden Mitglieder, die bei MiSO und verschiedensten Vereinen aktiv seien und im Ausschuss genügend Mitspracherecht hätten. Man solle jetzt nicht mit ausufernden Beteiligungsprozessen unnötig Zeit ins Land gehen lassen, sondern mit einer mittlerweile sehr gut aufgestellten Verwaltung einen kurzen Verwaltungsweg gehen. Es sei ohne weiteres möglich, eine Art Charta aufzustellen, in der stehe, was Menschen, die nach Hannover kämen, von der Stadt erwarten könnten und was die Hannoveraner von ihnen erwarteten. Dabei gehe es um so banale Dinge wie Sprachvermittlung, Kindergärten, Schulpflicht und Migrationsarbeit durch Vereine. Man könne dies relativ kurzfassen. Wichtig sei, dass der Lokale Integrationsplan gelebt werde. Sie wolle weiter feststellen, dass der Lokale Integrationsplan aus dem Jahr 2008 im Jahr 2015 in keinsten Weise angewandt werden konnte. Die Probleme der Menschen, die 2015 nach Hannover gekommen seien, seien andere gewesen als zur Entstehungszeit des LIP. So sei zum Beispiel das Thema Obdach gar nicht im ursprünglichen LIP enthalten. Damit sich diese Situation nicht wiederhole, benötige man keine langwierigen Beteiligungsprozesse, sondern einen Grundkonsens, auf dessen Basis die vorhandenen Strukturen, wie z.B. der Internationale Ausschuss, weiterarbeiten sollten. In Sondersituationen, wie im Jahr 2015, hätten auch andere Ausschüsse Entscheidungen treffen können, wie dies der Bauausschuss zum Thema Obdach auch getan habe. Der Lokale Integrationsplan müsse ein Instrument sein, mit dem in den entsprechenden Fachausschüssen gearbeitet werden könne.

Herr Lam merkt an, dass der Internationale Ausschuss über das Thema auf seiner Klausurtagung in Barsinghausen gesprochen habe. Als Vorstandsmitglied von MiSO begrüße er, dass der erste Schritt zur Weiterentwicklung des Lokalen Integrationsplanes von der Stadt und auch von Migrantenselbstorganisationen unternommen werde. Seit

Jahren fordere MiSO, dass Migrantenselbstorganisationen nicht nur in den Prozess der Evaluierung und Weiterentwicklung des Lokalen Integrationsplanes einbezogen würden, sondern dabei eine Schlüsselrolle spielen sollten. Der vor zehn Jahren beschlossene Lokale Integrationsplan enthalte viele positive Ansätze und praktische Handlungsvorgaben, aber es werde Zeit, dass er weiterentwickelt werde. Man habe in der Vergangenheit gesehen, dass der Lokale Integrationsplan zur Aufklärung und Sensibilisierung der Verwaltungsinstitutionen beigetragen habe und dass er die Migrantenselbstorganisationen aufgewertet habe.

Ratsfrau Iri richtet ihr Wort an Ratsfrau Jeschke und äußert, dass sie erschrocken sei, dass nach dem guten Start auf der Klausurtagung in Barsinghausen nun eine Beteiligung aus Sicht der CDU nur noch bis zu einem bestimmten Punkt möglich sein solle. Man signalisiere so an die Migrantengesellschaft und die dort angesiedelten Vereine, dass deren Beteiligung nur bis zu einem bestimmten Punkt gewünscht sei. Die SPD-Fraktion wolle dieses Signal nicht senden. Es sei gut, dass Migranten und Migrantinnen in den Gremien vertreten seien, es reiche aber nicht aus, nur im Internationalen Ausschuss an der Überarbeitung des Lokalen Integrationsplanes zu arbeiten und weitere Vertreter aus der Stadtgesellschaft außen vorzulassen. Ratsfrau Iri erwähnt anschließend, dass im gemeinsamen Antrag davon die Rede sei, dass der Beteiligungsprozess durch einen Ideenwettbewerb aus vorhandenen Mitteln begleitet werden solle. Auch dieses streiche die CDU durch ihren Änderungsantrag heraus, ebenso wie die Beteiligung der Integrationsbeiräte.

Beigeordnete Dr. Markowis äußert, dass der Lokale Integrationsplanes so stark sei aufgrund des damals stattgefundenen Beteiligungsprozesses. Ohne diese Beteiligung von sehr vielen Organisationen verschiedenster Art und ohne die Mitnahme des Wissens der Zivilgesellschaft hätte man nicht dieses Ergebnis erzielt. Die Landeshauptstadt Hannover sei schon damals ein gutes Beispiel dafür gewesen, wie man als bunte internationale Stadt gut agieren könne. Es sei jetzt an der Zeit, dies zu wiederholen, und man könne nicht hinter das zurück, was damals gemacht worden sei. Es sei ein gruseliges Zeichen, jetzt zu behaupten, dass die Verwaltung und der Internationale Ausschuss ausreichend Bescheid wüssten, und die Organisationen, die in diesem Feld unterwegs seien, ignoriert würden.

Ratsherr Finck betont, dass in diesem Zusammenhang der Weg das Ziel sei. Er glaube, dass Integration ohne Beteiligung nicht funktionieren könne. Es sei bereits ein großes Stück Integration, dass man in Hannover den Beteiligungsprozess von Anfang an vorsehe. Dies biete auch Identifikationsmöglichkeiten mit den demokratischen Prozessen und Strukturen in Hannover. Es sei zu kurz gegriffen zu behaupten, dass die gesamte Migrationsgesellschaft im Internationalen Ausschuss vertreten sei. Es gäbe Tausende Menschen in der Stadtgesellschaft, die sich vielleicht auch beteiligen möchten und gehört werden wollten. Sein Wunsch sei, dass die CDU ihren Antrag noch einmal überdenke und die Beteiligung in den Vordergrund stelle.

Ratsherr Jacobs kündigt an, dass die AfD-Fraktion den Antrag ablehnen werde, da in diesem viel zu sehr Wert daraufgelegt werde, die Menschen hier zu integrieren. Es werde zu wenig geschaut, welche Aufbauarbeit in den Ländern, in die diese Menschen zurückgehen könnten, geleistet werden könne. Die Menschen seien durch halb Europa gewandert und wollten nun in Deutschland integriert werden, obwohl sie zum Teil nicht einmal einen Anspruch darauf hätten, bleiben zu können. Der Fokus solle sehr deutlich auf eine Rücknahme bzw. Rücklieferung gelegt werden.

Ratsfrau Jeschke erwidert, dass man über den Lokalen Integrationsplan aus dem Jahre 2008, der erneuert werden solle, rede, und Herr Jacobs rede wieder nur von den neu hinzugekommenen Menschen. Dies sei ein sehr eindimensionales Denken. Hannover sei

eine Stadt, in der viele Menschen unterschiedlicher Nationalität lebten. Es gehe nun darum, dass in Hannover alle miteinander ein gutes Leben hätten. Das Thema sei nicht die Situation in den Herkunftsländern. Mit Bezug auf die Äußerung von Ratsherrn Finck wolle sie anmerken, dass auch sie der Meinung sei, dass der Weg das Ziel sei. Der Fokus liege ihr aber zu sehr auf dem Beteiligungsprozess und zu wenig darauf, dass der Lokale Integrationsplan gelebt werden solle. Selbstverständlich müsse es für die Überarbeitung des Lokalen Integrationsplanes ein Beteiligungsformat geben. Sie erklärt, dass die CDU in diesem Zusammenhang vor allem die Herstellung eines Grundkonsenses für wichtig halte. Wie dieser dann aktiv in verschiedensten Situationen gelebt werde, könne in den politischen Gremien, z.B. im Internationalen Ausschuss, verhandelt werden. Selbstverständlich seien vorhandene Strukturen auf allen Stadtebenen und Vereinsebenen weiter vorhanden und sollten nicht abgeschafft werden. Man brauche eine Art Grundplan in Form einer Arbeitsanleitung. Die politischen Entscheidungen seien dann in den Ausschüssen zu treffen. Das politische Modell in Deutschland basiere auf regelmäßig gewählten Volksvertretern, die die politische Arbeit machten. In einigen Gremien, wie zum Beispiel im Internationalen Ausschuss, seien zusätzlich Bürger beratend vertreten. Aus ihrer Sicht sei dies ein fantastisches Instrument, welches für eine Beteiligung völlig ausreichend sei.

Frau Marinova führt an, dass man die Menschen, für die der Lokale Integrationsplan gedacht sei, mitnehmen müsse. Integration sei ein Prozess, der Zeit brauche. Je mehr Beteiligung es gebe, desto besser gelinge die Integration.

Ratsherr Döring betont, dass man unter Mitnahme vieler Akteure die besseren Ergebnisse erziele. Man könne dies anders sehen und das finde er in vielen Politikbereichen auch sympathisch, aber in dem Bereich, um den es hier gehe, sei dieser Blick am wenigsten geeignet. Er wolle auch noch etwas zu der Einlassung von Herrn Jacobs sagen. Die Gesellschaft, die Herr Jacobs sich zurückwünsche, gebe es schon seit Jahrzehnten nicht mehr. In Hannover lebten mehr als 100.000 Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund. Sie seien aus unterschiedlichen Gründen gekommen und hätten hier Arbeit, Familie und Heimat gefunden. An all diese Menschen wende man sich mit dem Internationalen Ausschuss und für alle diese Menschen wolle man eine ordentliche Stadt organisieren. Sich so eindimensional und zugespitzt nur auf die Flüchtlinge und die ggfs. abgelehnten Asylbewerber zu beschränken, mache ihm deutlich, dass die AfD einer Gesellschaft hinterhertrauere, die es seit hundert Jahren nicht mehr gebe.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann weist, unter Bezugnahme auf Beifall aus Reihen der Gäste, darauf hin, dass Beifall innerhalb des Gremiums erlaubt sei, aber nicht von Seiten der Zuhörerinnen und Zuhörer. Er bitte dafür um Verständnis und weise in diesem Zusammenhang auf die Geschäftsordnung hin.

Beigeordnete Dr. Markowis erläutert, dass der Lokale Integrationsplan aus Sicht der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen auf breiten Füßen stehe müsse, wenn er gut werden solle. Bei der Umsetzung müsse die Politik mit der Verwaltung zusammenarbeiten. Was dafür notwendig sei und welche Maßnahmen, Ideen und Ziele es gebe, wisse die Zivilgesellschaft am besten.

Herr Lam sagt, dass er in der Integrationspolitik eine ganz andere Meinung als Herr Jacobs vertrete. Deutschland sei schon sehr lange ein Einwanderungsland und Hannover eine Einwanderungsstadt. Es gehe um die Frage, wie die gleichberechtigte Teilhabe mit Entscheidungsfunktionen umgesetzt werde. Die Vielfalt in der Gesellschaft sei eine gelebte Grundüberzeugung. Es gebe aber auch Rassismus und tägliche Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten. Im Lokalen Integrationsplan gebe es bereits viele positive Ansätze und praktische Handlungsanweisungen, aber jetzt gehe es um die Zukunft und die Weiterentwicklung des Lokalen Integrationsplanes.

Ratsherr Yildirim äußert, dass Hannover eine inter- und multikulturelle Stadt sei. Migranten und Flüchtlinge sowie Institutionen, Vereine und Verbände sollten zusammenarbeiten. Aus diesem Grunde lehne er den Änderungsantrag der CDU ab und bitte um Zustimmung zum gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION.

Ratsherr Jacobs äußert, dass es nicht darum gehe, jedem Migranten auf die Füße zu treten. Man habe seit Jahrzehnten Migranten in der Stadt, für die es auch ohne Integrationsprogramme immer vorwärtsgegangen sei und die sich wunderbar integriert hätten. Jetzt habe man die Situation, dass viele Menschen aus Ländern gekommen seien, in denen sie eigentlich dringend gebraucht würden. Wenn die Kriegsangelegenheiten dort beendet seien und die Aufbauarbeiten begännen, dann müsse auch die Möglichkeit bestehen, die Menschen wieder dorthin zurückzubringen. Hierfür müsse man Vorsorge treffen. Dies sei in den bestehenden Programmen nicht berücksichtigt, die er als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Sozialarbeiter sehe. Seine Aussagen seien nicht gegen Migranten gerichtet. Die AfD habe auch Migranten in ihrer Partei.

7 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 3.1.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2136/2018: Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zur Neuauflage des Lokalen Integrationsplans (LIP)

(Drucks. Nr. 2373/2018)

3 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 4.

Antrag der AfD-Fraktion zur Verurteilung von weiblicher Genitalbeschneidung (Drucks. Nr. 1197/2018)

Ratsherr Jacobs erläutert, dass die AfD jede Relativierung in dieser Sache ablehne. Er gehe davon aus, dass die weiteren Ausschussmitglieder dies beim Thema Genitalbeschneidung letztendlich auch täten. Er sei insofern dafür, dass die Ausschussmitglieder überlegten, ob sie den Antrag der AfD akzeptieren könnten. Die AfD könne diese religiös oder kulturell motivierte Genitalbeschneidung nicht akzeptieren.

Ratsherr Förste erklärt, dass DIE FRAKTION einen Änderungsantrag gestellt habe, um auf die Absurdität des Antrages der AfD hinzuweisen. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit stehe im Grundgesetz und werde durch das Strafgesetzbuch geschützt. Aus diesem Grunde sei der Antrag völlig überflüssig. Der AfD-Antrag beinhalte lediglich eine Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Die weibliche Genitalverstümmelung sei im Übrigen nicht religiös motiviert durch den Islam. Sie beruhe auf Traditionen vorislamischer und teilweise vorchristlicher Stammesstrukturen. Viele Frauen flüchteten aus Afrika, da sie hier vor Genitalverstümmelung geschützt seien.

Beigeordnete Dr. Markowis sagt, dass man beim AfD-Antrag nur die Begründung anschauen müsse, deren erster Satz von „der unkontrollierten Masseneinwanderung“ spreche, um zu sehen, dass es der AfD gar nicht um die Frauen gehe. Vielmehr wolle die AfD stigmatisieren, verurteilen und Einwanderung an sich brandmarken. Allein dies motiviere dazu, dem Antrag nicht zuzustimmen. Dem Antrag der Fraktion DIE FRAKTION könne sie nicht viel hinzufügen, da er sehr deutlich mache, dass es darum gehe, Frauen vor Straftaten in Deutschland zu schützen, wofür aber die Kommunen gar nicht zuständig seien. Deshalb lehnten die Grünen beide Anträge ab.

Ratsherr Jacobs merkt an, dass Frauen zum Teil in bestimmte Gebiete ausreisten, damit dort genau das gemacht werde, was man hier nicht genehmigt bekomme und was hier zu Recht verboten sei. Dem müsse man auch nachgehen. Genau das passiere unter dem Deckmantel der Religion. Ärzte könnten hier lediglich im Nachhinein feststellen, was passiert sei. Niemand kümmere sich um dieses Thema. Letztendlich sei den Menschen Schaden zugefügt worden, was aber niemanden interessiere.

1 Stimme dafür, 10 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 4.1.

Änderungsantrag der Fraktion die FRAKTION zu Drucks. Nr. 1197/2018: Verurteilung von weiblicher Genitalbeschneidung; "Straftaten verurteilen"
(Drucks. Nr. 1973/2018)

0 Stimmen dafür, 11 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5.

Antrag der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN zu "Hannover deklariert sich als sicherer Hafen"
(Drucks. Nr. 2085/2018)

Vorsitzender Bürgermeister Hermann weist die anwesenden Zuschauer auf die Geschäftsordnung hin, die Demonstrationen jeglicher Art, auch das Zeigen von Transparenten, in Ausschusssitzungen und Ratssitzungen verbiete.

Ratsherr Wolf erklärt, dass er den Antrag vorstellen werde, obwohl er nicht Mitglied des Internationalen Ausschusses, sondern viel mehr der Antragsteller sei. In der Sitzung des Internationalen Ausschusses sitze er im Übrigen nur in zweiter Linie als Ratsherr der Stadt Hannover und auch in keiner Hinsicht als Parteipolitiker. Er stelle den Antrag vor aufgrund seiner Rolle als Kapitän eines Flüchtlingsschiffes.

Ratsherr Wolf verliest den Antragstext.

Ratsherr Wolf führt zur Begründung des Antrags aus, dass sich in letzter Zeit andere Städte in Deutschland als sichere Häfen deklariert hätten. Dies seien u.a. Köln, Dortmund, Rostock und Hamburg. Er wisse sehr wohl, dass die Stadt Hannover nicht die Welt retten könne. Man könne aber sehr wohl ein symbolisches Zeichen setzen. Er glaube nicht, dass die demokratischen Fraktionen etwas dagegen haben könnten, die Seenotrettung im Mittelmeer zu unterstützen. Es gehe nicht in erster Linie um Flucht, sondern darum, dass Menschen in Seenot seien. Die Stadt Hannover könne die Seenotrettung nicht durchführen, aber sie könne ein Zeichen der Unterstützung setzen. Man wolle zeigen, dass jedes Menschenleben auf dem Meer gleich viel wert sei, unabhängig davon, in welchem Meer sich die Seenotsituation ereigne. Die Mission „Mission Lifeline“ sehe sich durch die letzte

Teilzahlung eines Spenders mit der zusammengebrachten Summe von 475.000 Euro jetzt in der Lage, ein neues Schiff zu kaufen, auszurüsten und im Mittelmeer auf Fahrt zu schicken. Dies sei möglich geworden dank der Hilfe der deutschen Zivilgesellschaft und vieler Prominenter. Er bitte um Zustimmung zum vorliegenden Antrag und befürworte auch einen Alternativantrag. Aus der Schwimmweste, die er mitgebracht habe und in seinen Händen halte, sei vor seinen Augen ein kleines Kind gerutscht und ertrunken. Er wolle das nie vergessen. Solche Momente brächten einen dazu, anders zu gucken und zu denken. Es sei eine Absurdität, was nur ein paar Kilometer entfernt von den Urlaubsstränden passiere. Er weise darauf hin, dass der Antrag aus der Zivilgesellschaft komme und kein parteipolitischer Antrag sei.

Ratsfrau Iri sagt, dass es ihr persönlich schwer falle, sachlich auf diesen sehr emotionalen Beitrag zu reagieren. Die SPD habe den Antrag in die Fraktion gezogen, weil sie den Antrag als wichtig empfinde. Auch für die SPD sei die humanitäre Hilfe eine Selbstverständlichkeit. Man werde darüber beraten und schauen, welchen Weg man gehen könne.

Beigeordnete Dr. Markowis macht deutlich, dass die Grünen das Thema genauso beurteilten wie ein Teil des Seebrücke-Bündnisses. Rot-Grün-Gelb arbeite bereits an der Formulierung eines Appells. Sowohl die Grünen als auch Rot-Grün-Gelb unterstützten auf jeden Fall das Ansinnen, an die Bundesregierung und an andere europäische Staaten zu appellieren, sich verstärkt für die Seenotrettung auf dem Mittelmeer einzusetzen. Es habe im Jahr 2018 offiziell bereits mehr als 1500 Tote gegeben. Die Dunkelziffer sei sicherlich noch höher. Man müsse dort etwas tun. Sie gehe davon aus, dass man in der nächsten Sitzung den Antrag von Rot-Grün-Gelb einbringen könne, den man auch gerne interfraktionell erarbeiten könne.

Ratsherr Förste ergänzt, dass Spanien jetzt der neue Hotspot bei den Flüchtlingsbewegungen im Mittelmeer sei. Seine Fraktion und DIE PARTEI fänden den neuen Antrag auch sehr unterstützenswert. Es sei unglaublich, dass Häfen, vorwiegend in Italien, aber auch auf Malta, geschlossen worden seien. Dies stelle einen Bruch des Internationalen Völkerrechts und des Internationalen Seerechts dar. Es gebe auch in Italien und in den USA Städte, die im Widerspruch zu ihren rechtskonservativen Regierungen ein solches Angebot machten, was recht gut funktioniere. Er wolle in diesem Zusammenhang auch auf die besondere historische Verantwortung und Erfahrung Deutschlands hinweisen, auf der letztendlich auch die Asylgesetzgebung beruhe.

Ratsherr Jacobs erwidert, dass seine Fraktion dies ganz anders sehe. Es handele sich um ein riesiges Schlepperprogramm. Fast alle Leute, die über das Mittelmeer flüchteten, müssten irgendwo dafür bezahlen. Es gebe Leute, die diese Kosten noch jahrzehntelang abbezahlten, zum Teil finanziert durch Prostitution. Man wisse nicht genau, wer komme. Die Seenotrettung solle die Leute nach Libyen oder nach Tunis zurückbringen. Dies seien genauso sichere Länder wie andere auch. Aufgrund der Tatsache, dass einige Häfen in Italien jetzt geschlossen seien, würden die Menschen jetzt über Spanien gehen. Die meisten von ihnen hätten keinen Asylgrund in Europa. Wenn sie erst einmal in Europa seien, bekäme man sie nur sehr schwer wieder aus Europa heraus. Genau deswegen werde die AfD gegen diesen Antrag stimmen.

Herr Lam sagt, dass ihn dieser Antrag sehr bewegt habe. Er habe sich an die humanitäre Rettung von vietnamesischen Bootsflüchtlings in den 70er und 80er Jahren erinnert. Es habe damals eine große Unterstützung durch das Land Niedersachsen und den damaligen CDU-Ministerpräsidenten Albrecht gegeben. Er wünsche sich, dass das deutsche Volk weiterhin so humanitär handele. Er unterstütze den Antrag und sei auch damit einverstanden, den Antrag in die Fraktion zu ziehen.

Ratsfrau Jeschke merkt an, dass die humanitäre Idee eine große Idee sei, die eigentlich alle, einschließlich der AfD, unterstützen sollten. Es handele sich um ein weltweites Problem, denn es stürben nicht nur Menschen im Mittelmeer, sondern auch vor den kanarischen Inseln oder vor Australien. Angesichts dessen müsse man durch humanitäre Maßnahmen Zeichen setzen. Ihre Partei sei der humanitären Grundausrichtung komplett verpflichtet. Man könne darüber streiten, ob Deklarationen in diesem Zusammenhang helfen können. Wenn sich alle einig seien, dass u.a. von der italienischen Regierung internationales Recht gebrochen werde, dann sei dies schon ein erster Schritt. Ein weiterer Schritt sei, dass man das Thema gemeinsam und solidarisch in Europa angehen müsse. Sie appelliere deshalb an das anwesende relativ junge Publikum, nicht nur mit Einzelaktionen zu agieren, sondern auch durch Wahrnehmung ihrer demokratischen Pflichten dafür Sorge zu tragen, dass Parteien, die nicht humanitär denken, und dass sage sie ganz bewusst Richtung AfD, nicht gewählt würden.

Ratsherr Wolf erklärt, dass er sehr viel guten Willen und Empathie vernommen habe und stolz sei, Mitglied dieses Rates zu sein. Das In-die-Fraktion-Ziehen der Drucksache bedeute allerdings einen Monat Verzögerung. Angesichts der Tatsache, dass jeden Tag Menschen auf dem Meer stürben, dürfe man sich mit der Entscheidung in dieser Sache keine Zeit lassen.

Auf Wunsch der SPD-Fraktion in die Fraktionen gezogen

TOP 6.

**GUGS (GRIFFBEREIT UNTERWEGS) ein Projekt für geflüchtete Familien mit Kindern von 0-6 Jahren
(Drucks. Nr. 2132/2018)**

Beigeordnete Dr. Markowis merkt an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen es gut finde, dass der Übergang in die Regelbetreuung so gut funktioniere. Dies sei vorbildhaft.

Ratsfrau Jeschke fragt, ob das Projekt in einem festen Rahmen stattfinde oder ob es Überlegungen gebe, das Projekt auch an anderen Standorten durchzuführen.

Frau Stärk antwortet, dass das Projekt auf jeden Fall beweglich sei. Man habe ursprünglich an sechs Standorten gestartet, jetzt seien es neun. Wenn es einen Bedarf vor Ort nicht mehr gebe, dann werde man an einen anderen Standort weiterwandern.

10 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 7.

**Zuwendung für Menschen verbinden Menschen
(Informationsdrucksache Nr. 2170/2018)**

Beigeordnete Dr. Markowis stellt die Frage, was mit den im Projekt nicht verausgabten Mitteln geschehen sei. Sie wolle wissen, ob das Geld dem Haushalt wieder zufließe und zum Beispiel für andere Projekt eingesetzt werde.

Frau Dr. Doering führt aus, dass die Verwaltung versuchen wolle, die Mittel über den Haushalt 2019 weiter zu sichern. Man habe vor dem Problem gestanden, dass der Integrationsfonds erheblich überbucht gewesen sei und habe deshalb versucht, die Mittel ein Stück weit für die Einbürgerungslotsinnen und -lotsen zu nutzen. Sie kündigt an, dass

die Ausschussmitglieder hierzu zukünftig noch eine Information bekämen. Auch das Projekt „Dialog macht Schule“, das man im Ausschuss schon vorgestellt habe, sei mit Hilfe dieser Mittel gefördert worden. Man werde versuchen, einen Teil der Mittel für die Überarbeitung des Lokalen Integrationsplanes in den Jahren 2019 und 2020 zurückzuhalten, was aber nur in Teilen möglich sei.

Zur Kenntnis genommen

TOP 8.

Sachstandsbericht zur Offensive gegen Antisemitismus (Informationsdrucksache Nr. 2211/2018)

Ratsfrau Iri bedankt sich bei der Verwaltung und betont, dass die SPD-Fraktion sehr zufrieden sei mit der Umsetzung ihres Auftrages. Die SPD-Fraktion fände insbesondere auch den Expertenkreis sehr gut sowie die geplante Tagung für Fachkräfte und Multiplikatoren. Sie fragt, ob man neben den in der Drucksache genannten Akteuren wie Polizei, Justiz und christliche Kirchen auch die Moscheegemeinden einbinden könne. Es sei bekannt, dass es auch innerhalb der muslimischen Bevölkerung Antisemitismus gebe, was man vermeiden wolle.

Frau Dr. Doering antwortet, dass man werde selbstverständlich auch Moscheegemeinden zu der Tagung einlade. Sie werte die Frage von Ratsfrau Iri als Aufforderung, sich auch mit dem Thema des muslimischen Antisemitismus auseinanderzusetzen. Das Thema habe man sehr intensiv in dem Experteninnen- und Expertengremium diskutiert. Man sei dort zu der Überzeugung gekommen, dass der muslimische Antisemitismus eine Form des Antisemitismus unter vielen anderen sei. Dies sei jedoch ohne Zweifel ein wichtiger Aspekt, mit dem man sich auch auseinandersetzen wolle. Ein thematischer Schwerpunkt der Fachtagung am 29. und 30.1.2019 seien aktuelle Erscheinungsformen und Orte des Antisemitismus sowie auch israelbezogener Antisemitismus. Bei dem Fachtag werde man sich, und dies sei auch der Auftrag gewesen, mit den verschiedenen Facetten beschäftigen. Das Expertinnen- und Expertengremium sehe die Tagung als Auftakt.

Ratsfrau Langensiepen äußert, dass sie sich bei Frau Dr. Doering für den wunderbaren Bericht bedanken wolle und sich sehr gefreut habe, dass die Initiative der Grünen und des Ampelbündnisses relativ schnell umgesetzt worden sei. Es freue sie besonders, dass es eine Dokumentations- und Anlaufstelle geben solle. In Unterhaltungen mit Vertreterinnen und Vertretern der jüdischen Gemeinden habe sie oft gehört, dass gerade Schülerinnen und Schüler in den Schulklassen antisemitisch angegriffen würden und nicht wagten sich zu outen. Sie begrüße die Schaffung einer Anlaufstelle, wo diese Personen Hilfe und Beratung bekommen oder eine Anzeige machen könnten. In der Drucksache stehe, dass der Fachtag für Anfang Januar geplant sei. Sie wolle gern wissen, ob dies auch so umgesetzt werden könne.

Frau Dr. Doering informiert, dass die Veranstaltung am 30.1.2019 stattfinden werde. Man habe es geschafft, den Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus in Deutschland nach Hannover zu holen. Dieser freue sich sehr über die Veranstaltung und die Initiative des Rates.

Ratsfrau Jeschke merkt an, dass sie die Aussage von Ratsfrau Iri noch einmal verstärken wolle. Sie wundere sich schon, wenn sie lese, wer an der Veranstaltung teilnehmen solle. In der Drucksache sei erwähnt, dass man Vertreter christlicher Kirchen einladen wolle. Sie sei der Meinung, dass man das Wort „christlich“ hier streichen und stattdessen von Religionsvertretern sprechen solle, weil es nicht nur im Christentum, sondern durchaus auch

in anderen Religionen entschiedene Vorurteile gebe und mögliche Vorfälle auch hierdurch bedingt seien. Dies solle sich auch an den Teilnehmern der Fachtagung abbilden. Sie begrüße eine große öffentliche Einladung zur Tagung an die Religionsvertreter. Durch eine öffentliche Einladung baue man auch einen gewissen Druck auf, sich als Gesprächsteilnehmer oder Teilnehmer an Podiumsdiskussionen zur beteiligen. Angesichts der vielschichtigen Gesellschaft mit vielen unterschiedlichen Herkunft und Religionen reiche es ihr nicht aus, wenn nur von Polizei, Justiz und christlichen Kirchen gesprochen werde.

Frau Dr. Doering erwidert, dass man selbstverständlich alle Vertreterinnen und Vertreter der Religionsgemeinschaften in Hannover und möglicherweise auch darüber hinaus einladen werde. Es zeige sich hier möglicherweise ein Bias, den man habe, wenn man sich mit dem Thema Antisemitismus beschäftige. Sie bitte dies zu entschuldigen.

Beigeordnete Dr. Markowis sagt, dass sie sich dem bereits Gesagten anschließe. Sie gehe davon aus, dass in den Haushalt Geld eingestellt werde, um eine Dokumentationsstelle für antisemitische Vorfälle einzurichten.

Frau Dr. Doering betont, dass sich die Verwaltung sehr über den Auftrag zur Offensive gegen Antisemitismus gefreut habe. Die Verwaltung habe ein hohes Maß an Motivation und habe auch bereits hervorragende Kooperationspartnerinnen und -partner in diesem Feld gefunden. Die Kooperationspartner hätten bestimmte Wünsche an die Verwaltung, was haushalterisch dazu führe, dass bestimmte Dinge nur mit zusätzlichen Mitteln umgesetzt werden könnten. Insofern würde sie sich sehr über die Bereitstellung von Mitteln freuen.

Zur Kenntnis genommen

TOP 9.

Bericht der Dezernentin

Frau Beckedorf informiert über den 11. Wettbewerb des Gesellschaftsfonds Zusammenleben, der unter dem Thema stehe „Erfahrung für die Zukunft! Zehn Jahre Lokaler Integrationsplan – Wie soll es weitergehen?“. Die Abgabefrist für die Interessenbekundungen sei bis Ende Oktober. Weiter wolle sie hinweisen auf die MiSO-Konferenz, die am 19.10.2018 ab 14 Uhr im Rathaus stattfinden werde. Am gleichen Tag gebe es ein Worldcafé, veranstaltet von der Volkshochschule, unter dem Titel „Hat die europäische Union eine Zukunft? Was geht mich das an?“ sowie einen Fachtag des Niedersächsischen Integrationsrates zum Thema „Mehrsprachigkeit fördern. Angebote an Niedersachsens Schulen ausbauen“. Hinweisen wolle sie auch auf das Jubiläum der Antidiskriminierungsstelle, das am 30.10.2018 gefeiert werde. Die Einladung sei den Ausschussmitgliedern bereits zugegangen. Abschließend wolle sie auf das Recherche- und Netzwerktreffen für Ehrenamtliche und Geflüchtete hinweisen, das regelmäßig montags von 18 bis 20 Uhr in der Hamburger Allee stattfinde.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann merkt an, dass einige Ausschussmitglieder an den am Folgetag stattfindenden Veranstaltungen nicht teilnehmen könnten, da zeitgleich die Haushaltsplanberatungen einiger Fraktionen stattfänden.

TOP 10.

Aktuelles

Herr Lam informiert, dass am Samstag 20.10.2018 die Veranstaltung „Wenniger

Gespräche“ stattfinden mit dem Thema „Wie gestalten wir die Arbeit von morgen?“. Es geht dabei um die Rolle des Menschen in der Arbeitswelt von morgen. Am 26.10.2018 findet im Freizeitheim Vahrenwald der sogenannte „Integrationstag“ mit einer Podiumsdiskussion statt. Bezugnehmend auf das Jubiläum der Antidiskriminierungsstelle wolle er daran erinnern, dass MiSO seit Jahren die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle für das Land Niedersachsen fordere, welche es aber bislang leider noch nicht gebe.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann schließt die Sitzung um 15:16 Uhr.

Stadträtin Beckedorf

Hannig-Schohaus (für das Protokoll)

Gemeinsamer Antrag

(Antrag Nr. 2136/2018)

Eingereicht am 13.09.2018 um 16:29 Uhr.

**Internationaler Ausschuss, Organisations- und Personalausschuss,
Verwaltungsausschuss**

Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zur Neuauflage des Lokalen Integrationsplans (LIP) - Herausforderungen an das Zusammenleben in einer multiethnischen Integrationsgesellschaft in der Landeshauptstadt Hannover

Antrag

zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Lokalen Integrationsplan (LIP) der Landeshauptstadt Hannover neu aufzulegen.

Zur Neuauflage des LIP (LIP 4.0), seiner Inhalte und Schwerpunkte ist ein tragfähiges Verfahren zur Durchführung eines Beteiligungsprozesses zu initiieren, bei dem die relevanten Akteurinnen in der Landeshauptstadt Hannover einbezogen werden, darunter die MigrantInnenselbstorganisationen, Gewerkschaften, Politik, Wohlfahrtsverbände, Unterstützerinnenkreise, Vertreterinnen der Religionsgemeinschaften und des Hauses der Religionen u.v.a.m. Die Ergebnissicherung und Methodik folgt den gängigen Standards des Urban Governance. Digitale und analoge Beteiligungsformen sollen gleichberechtigt anwendbar sein.

Der Beteiligungsprozess soll von einem Ideenwettbewerb aus vorhandenen Mitteln des Gesellschaftsfonds Zusammenleben begleitet werden. Auch den Integrationsbeiräten in den Stadtbezirken ist in geeignetem Rahmen Raum für ihre Beteiligung zu eröffnen.

Mit dem Start des Beteiligungsprozesses ist ein Monitoring- und Evaluationsprogramm zu beginnen, das den gesamten Prozess begleitet und den Gremien des Rates in regelmäßigen Abständen vorgelegt wird.

Für den gesamten Überarbeitungsprozess des Lokalen Integrationsplanes — mithin Anpassung des bestehenden Konzepts an aktuelle gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen — sind die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass die Überarbeitung des LIP als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert wird.

Begründung

Mit dem gesamtstädtischen Arbeitsprogramm „Mein Hannover 2030“ (Drucksache 0286/2017) wurden Strukturen, Formate und Erkenntnisse erarbeitet, die der weiteren Stadtentwicklung als Grundlage dienen. Als weltoffene, diskriminierungsfreie Einwanderungsstadt mit einer

Willkommenskultur, die von der gesamten Stadtgesellschaft getragen wird, lebt Hannover eine starke Partizipations- und Beteiligungskultur, die den Menschen unabhängig von Alter und Herkunft ein selbstbestimmtes und aktives Leben in Gemeinschaft in lebendigen Quartieren ermöglichen kann. Die Integrationsbeiräte geben guten Aufschluss über die völlig unterschiedlichen Voraussetzungen in den einzelnen Stadtteilen. Ziel muss es sein, den verschiedenen Zielgruppen (z.B. Studierenden, EU-Zuwanderern, Fachkräften, Flüchtlingen etc.) den Weg in die Mitte der Stadtgesellschaft zu ermöglichen. Im Rahmen des gesamtstädtischen Arbeitsprogramm „Mein Hannover 2030“ bildete die Fortschreibung des LIP einen Schwerpunkt — getragen von der Idee vieler, dass sowohl sein Entstehungsprozess als auch seine Fortschreibung eine Richtschnur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt sein soll. Seit der Veröffentlichung des Lokalen Integrationsplans der Landeshauptstadt Hannover im Jahr 2008 haben sich die Herausforderungen an das Zusammenleben in der multiethnischen Integrationsgesellschaft geändert. Die Zuwanderung infolge der gegenwärtigen krisenhaften politischen und sozialen Umstände, insbesondere in den Ländern des Nahen Ostens, hat die Flüchtlingszahlen stark ansteigen lassen. Innerhalb sehr kurzer Zeit hat sich das ehrenamtliche Engagement im Umfeld fluchtbedingter Zuwanderung vervielfacht, so dass sich ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit in den vergangenen Jahren zu einem breiten gesellschaftlichen Phänomen entwickelt hat. Hier greift der Leitgedanke von Urban Governance, eine Art trilateraler Kooperationsform, die darin besteht, dass gesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen nicht allein von der Verwaltung gefällt werden, sondern das Ergebnis von Aushandlungsprozessen zwischen der Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung sind, an denen zwar auch die Verwaltung teilnimmt, aber nicht die maßgebliche Akteurin ist.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende
SPD-Fraktion

Dr. Freya Markowis
Fraktionsvorsitzende
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dirk Machentanz
Vorsitzender der Gruppe
DIE LINKE & PIRATEN

Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender
FDP

Julian Klippert
Fraktionsvorsitzender
Die FRAKTION

Hannover / 14.09.2018

In den Ausschuss für Ausschuss für Integration,
Europa und internationale Kooperation
In den Organisations- und Personalausschuss
In den Verwaltungsausschuss



16. Oktober 2018

Änderungsantrag

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
17. Okt. 2018 1860 M.Osh

gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zu Drucks. Nr. 2136/2018

(Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zur Neuauflage des Lokalen Integrationsplans (LIP) - Herausforderungen an das Zusammenleben in einer multiethnischen Integrationsgesellschaft in der Landeshauptstadt Hannover)

Der Antragstext wird wie folgt **geändert**:

Antrag,

zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Lokalen Integrationsplan (LIP) der Landeshauptstadt Hannover neu aufzulegen.

STREICHE: Zur Neuauflage des LIP (LIP 4.0), seiner Inhalte und Schwerpunkte ist ein tragfähiges Verfahren zur Durchführung eines Beteiligungsprozesses zu initiieren, bei dem die relevanten Akteurinnen in der Landeshauptstadt Hannover einbezogen werden, darunter die MigrantInnen-selbstorganisationen, Gewerkschaften, Politik, Wohlfahrtsverbände, Unterstützerinnenkreise, Vertreterinnen der Religionsgemeinschaften und des Hauses der Religionen u.v.a.m. Die Ergebnis-sicherung und Methodik folgt den gängigen Standards des Urban Governance. Digitale und ana-loge Beteiligungsformen sollen gleichberechtigt anwendbar sein.

Der Beteiligungsprozess soll von einem Ideenwettbewerb aus vorhandenen Mitteln des Gesell-schaftsfonds Zusammenleben begleitet werden. Auch den Integrationsbeiräten in den Stadtbezir-ken ist in geeignetem Rahmen Raum für ihre Beteiligung zu eröffnen.

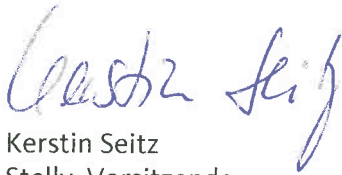
Mit dem Start des Beteiligungsprozesses ist ein Monitoring- und Evaluationsprogramm zu begin-nen, das den gesamten Prozess begleitet und den Gremien des Rates in regelmäßigen Abständen vorgelegt wird.

Für den gesamten Überarbeitungsprozess des Lokalen Integrationsplanes — mithin Anpassung des bestehenden Konzepts an aktuelle gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen — sind die notwendi-gen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass die Überarbeitung des LIP als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert wird.

Begründung:

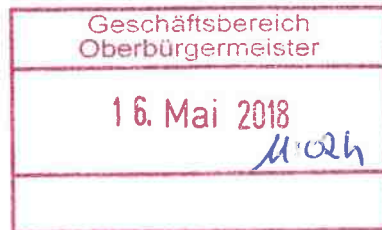
Im April 2018 veranstaltete der Ausschuss für Integration, Europa und internationale Kooperation (Internationaler Ausschusses) eine Klausurtagung zur Entwicklung eines neuen lokalen Integrationsplans (LIP). Bei dieser Veranstaltung wurden die Inhalte sowie das Verfahren zur Erstellung des „LIP 2.0“ intensiv diskutiert und entsprechend festgehalten. Ein umfangreicher Beteiligungsprozess unter Begleitung eines Ideenwettbewerbs würde die Klausurtagung sowie die bereits erarbeiteten Ergebnisse ad absurdum führen und den Entwicklungsprozess des neuen LIP unnötig stark in die Länge ziehen.

Nach über 10 Jahren ist eine Neufassung des Lokalen Integrationsplans dringend notwendig. Eine schnellstmögliche Anpassung an die aktuellen Umstände unter Beteiligung des Internationalen Ausschusses muss Priorität haben.



Kerstin Seitz
Stellv. Vorsitzende

Landeshauptstadt Hannover
Herrn Oberbürgermeister
Stefan Schostok
Tramplatz 2
30159 Hannover



Hannover, den 15.05.2018

Antrag gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der LHH in die nächste Ratsversammlung

Verurteilung von weiblicher Genitalbeschneidung

Die Ratsversammlung möge beschließen,

1. sich von den Relativierungen der Justizministerin Barley in Bezug auf religiös motivierte weibliche Genitalbeschneidungen¹ entschieden zu distanzieren,
2. eine weibliche Genitalbeschneidung bedingungslos zu verurteilen, gleich ob kulturell, religiös oder anderweitig motiviert,
3. sich dafür einzusetzen, dass
 - a) diagnostizierte weibliche Genitalbeschneidungen für Ärzte meldepflichtig werden,
 - b) weibliche Genitalbeschneidungen mit allen gesetzlich zur Verfügung stehenden Mitteln verfolgt und die Verursacher gemäß §226a StGB bestraft werden.

Begründung:

Durch die unkontrollierte Masseneinwanderung in unser Land nimmt u.a. auch das Problemfeld weiblicher Genitalverstümmelungen immer größere Ausmaße an. Laut dem Bundesfamilienministerium leben in Deutschland aktuell etwa 50.000 Mädchen und Frauen, die Opfer dieser schweren Menschenrechtsverletzungen geworden sind.

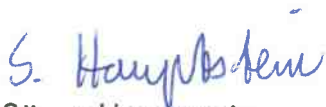
¹ <https://www.zeit.de/2018/13/katarina-barley-spd-justizministerin-interview/seite-2>

Trotz dieses wachsenden Problemfelds war der Bezirksrat Ahlem-Badestedt-Davenstedt in seiner Sitzung vom 19.04.2018 nicht bereit, sich von den Relativierungen der Justizministerin zu distanzieren und weibliche Genitalbeschneidungen bedingungslos zu verurteilen. Der dadurch dokumentierte Unwille, dieser grausamen Form der Verstümmelung entschieden entgegenzutreten, hat dem Ansehen des Stadtbezirks und unserer Stadt insgesamt erheblichen Schaden zugefügt.

Das Recht junger Mädchen auf ihre körperliche Unversehrtheit darf nicht unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit ausgehöhlt werden. Jegliche Bestrebungen, ein Verbot weiblicher Genitalbeschneidungen vor dem Hintergrund religiöser Befindlichkeiten aufzuweichen, sind unmittelbar auf das Schärfste zu verurteilen.

Um Schaden vom Ansehen unserer Stadt abzuwenden, bitten wir nun den Rat der LHH das in Schiefelage geratene Bild unserer Stadt wieder gerade zu rücken.

Mit freundlichem Gruß



Sören Hauptstein

Beigeordneter und Fraktionsvorsitzender im Rat der LHH

Bezirksratherr im Stadtbezirksrat Südstadt-Bult

Hannover, den 27. August 2018

In den Gleichstellungsausschuss
In den Ausschuss für Integration Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der LHH zur Drucksache Nr. 1197/2018:

„Straftaten verurteilen!“

Antrag zu beschließen:

Die Ratsversammlung möge beschließen:

- 1. sich von den Relativierungen der Justizministerin Barley in Bezug auf religiös motivierte weibliche Genitalbeschneidungen (1) entschieden zu distanzieren, sich von Aussagen zu distanzieren, die antisemitisch, frauenverachtend, homophob, rassistisch oder in anderer Weise diskriminierend sind.*
- 2. eine weibliche Genitalbeschneidung bedingungslos zu verurteilen, gleich ob kulturell, religiös oder anderweitig motiviert, Straftaten zu verurteilen!*
- 3. sich dafür einzusetzen, dass*
 - a) diagnostizierte weibliche Genitalbeschneidungen für Ärzte meldepflichtig werden, betroffenen Frauen mit Respekt und der nötigen Vorsicht begegnet wird. Ziel kann und darf nicht sein, Opfer zu stigmatisieren. Ärzten und Pflegepersonal sollten entsprechende Weiterbildungen ermöglicht werden, damit Verletzungen und Verstümmelungen durch weibliche Genitalbeschneidung nicht nur bestmöglich versorgt, sondern Spätfolgen so weit wie möglich medizinisch und psychisch verringert werden können.*
 - b) weibliche Genitalbeschneidungen mit allen gesetzlich zur Verfügung stehenden Mitteln verfolgt und die Verursacher gemäß § 226a StGB bestraft werden. zusätzliche Beratungseinrichtungen geschaffen werden bzw. die vorhandenen klarer an die entsprechende Zielgruppe kommuniziert werden.*

Begründung:

Weibliche Genitalbeschneidung bzw. Genitalverstümmelung ist ein ernstes Problem, das nicht dafür erhalten darf, Kritik an Religion und anderen Kulturen zu üben – genauso wenig dürfen Opfer dieser grausamen Praxis durch Meldepflicht stigmatisiert werden. Stattdessen sollte dieses Thema sensibel behandelt werden – und das auf jeder Ebene. Das heißt keinesfalls, dass Religion als Rechtfertigung für diese Form von Gewalt erhalten kann und darf –

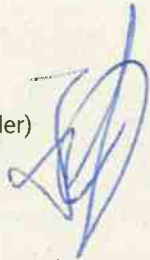
FGM ist und bleibt ein **Verbrechen**, das auch von der Justizministerin durch ihre Aussagen in einem Interview nicht relativiert wird. Sie weist lediglich darauf hin, dass diese Art von Beschneidung, religiös motiviert sein kann. Das macht die Praxis allerdings nicht weniger zu einem Verbrechen und Straftaten werden in diesem Land verurteilt und wie in § 226a des Strafgesetzbuches beschrieben geahndet. Aus eben diesem Grund können von Genital**beschneidung bedrohte** Frauen auch generell Asylrecht in **Deutschland** beantragen.

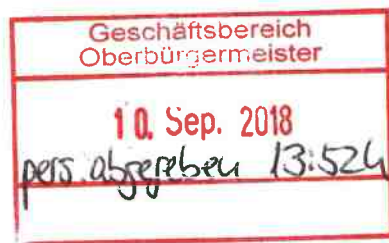
Vorrangig **sollte** es also **um Aufklärung** gehen. Außerdem natürlich auch darum, Betroffene angemessen zu versorgen und Frauen, die von diesem Schicksal bedroht sind, zu schützen. Viele Verbände engagieren sich bereits **dahingehend**, wie man am Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen bei einer Veranstaltung hier in Hannover hat erfahren können. Trotzdem gibt es auf diesem Feld noch viel zu leisten.

Speziell zu 3b)

Frauen fliehen oft aus Gründen, die nichts mit Politik zu tun haben. Drohende Zwangsverheiratung ist einer der Gründe, ein anderer drohende oder bereits erfolgte Genitalverstümmelung, auch durch die eigene Familie. Beides führt noch immer nicht direkt dazu, dass den Opfern Asyl anerkannt wird, denn das Recht auf **geschlechtsspezifisches** Beantragen von Asyl besteht häufig nur auf dem Papier, da solche Schicksale oft nur schwer nachzuprüfen sind.

Julian Klippert (Fraktionsvorsitzender)





Schmiedestraße 39
30159 Hannover

Bruno Adam Wolf
stellv. Gruppenvorsitzender

☎ 0511 - 168 326 00

☎ 0511 - 168 326 08

linke.piraten@hannover-rat.de

An
den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Hannover
Trammplatz 2
30159 Hannover

2018-09-07

Antrag

gemäß §§ 10 und 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

HANNOVER DEKLARIERT SICH ALS SICHERER HAFEN

zu beschließen:

1. Der Rat unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ und deklariert die Landeshauptstadt Hannover als „Sicheren Hafen“.
2. Der Rat fordert den Oberbürgermeister auf der Bundesregierung anzubieten, dass die Landeshauptstadt Hannover zusätzliche Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, aufnehmen kann und will.
3. Der Rat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfepolitik und dafür, dass Menschen in Seenot auf dem Mittelmeer gerettet werden.

Begründung:

Bereits über 1.500 Menschen sind im Jahr 2018 im Mittelmeer ertrunken, viele Tausende in den vergangenen Jahren, täglich kommen weitere hinzu. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher liegen.

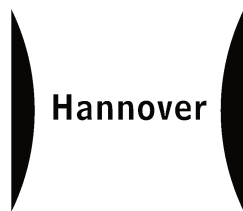
Für geflüchtete Menschen in Seenot wird es immer schwerer, sichere Orte zu finden, in die sie von Seenotrettungsorganisationen nach der Rettung aus Todesgefahr gebracht werden können, wie es zahlreiche internationale Abkommen wie SOLAS, die Internationales Konvention von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See, und andere zwingend vorschreiben. Europäische Regierungen stellen zum Teil nicht nur jegliche staatliche Seenotrettung ein, sondern kriminalisieren zudem die zivilgesellschaftliche Seenotrettung und verhindern deren Arbeit.

Die zivilgesellschaftliche Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ protestiert seit geraumer Zeit gegen das Sterben im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung von Seenotrettern. Auch in Hannover haben sich schon Hunderte an „Seebrücke“-Aktionen beteiligt - und noch viel mehr mit zahlreichen Aktivitäten und Initiativen die Bereitschaft der Bevölkerung gezeigt, Hilfe zu leisten und damit auch ihren Willen für eine solche Deklaration demonstriert.

Viele Städte in Europa, auch in Deutschland, haben sich bereits solidarisiert und angeboten, in Seenot geratene Menschen aufzunehmen. Die Landeshauptstadt soll hier ebenfalls ein Zeichen für Menschlichkeit und Frieden setzen. In den letzten Jahren hat die Bevölkerung der Landeshauptstadt Hannover gemeinsam mit Verwaltung und Politik gezeigt, dass sie bereit und fähig ist, geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren. Diesen Weg muss Hannover weitergehen und damit ein deutliches Zeichen von Menschlichkeit und Offenheit unserer Landeshauptstadt und ihrer Menschen setzen - und dadurch auch ein Gegengewicht zu steigender Fremdenfeindlichkeit und Hass gegenüber hilfsbedürftigen Menschen.

Bruno Adam Wolf
stellv. Gruppenvorsitzender

Landeshauptstadt



Beschluss-
drucksache

b

In den Jugendhilfeausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und
Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
An den Sozialausschuss (zur Kenntnis)
An die Stadtbezirksräte 01 - 13 (zur Kenntnis)

Nr. 2132/2018
Anzahl der Anlagen 0
Zu TOP

GUGS (GRIFFBEREIT UNTERWEGS) ein Projekt für geflüchtete Familien mit Kindern von 0-6 Jahren

Antrag zu beschließen,

1. dass das niedrigschwellige Flüchtlings-Projekt „GUGS“ im Zeitraum 01.01.2019 - 31.12.2020 fortgeführt wird.
2. die Kosten des Projekts im Förderzeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2020 in Höhe von 109.000,00 Euro pro Jahr zu bewilligen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Das Programm richtet sich im Wesentlichen an die geflüchteten Eltern (hier vorrangig die Mütter) und ihre Kinder. Die Mütter tragen den Hauptanteil der Erziehungsverantwortung für die Kinder und sind in der Begleitung der Kinder deutlich präsenter. Bei den Kindern profitieren Jungen und Mädchen gleichermaßen von dem Angebot.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 51 - Investitionstätigkeit

Investitionsmaßnahme	Bezeichnung
Einzahlungen	Auszahlungen
	Saldo Investitionstätigkeit
	0,00

Teilergebnishaushalt 51

Angaben pro Jahr

Produkt 36501 Kindertagesbetreuung

Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen
	Personalaufwendungen 39.000,00
	Sonstige ordentliche Aufwendungen 70.000,00
	Saldo ordentliches Ergebnis -109.000,00

Die Personalkosten der Projektkoordinatorin betragen jährlich 39.000 Euro. Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen pro Jahr setzen sich aus folgenden Posten zusammen: Honorar der ElternbegleiterInnen (48.000,- Euro), Kosten für die Qualifizierung (10.000,- Euro), Sachkosten (12.000,- Euro). Die Mittel sind im Verwaltungsentwurf des Doppel-HH 2019/2020 im Budget Kindertagesbetreuung veranschlagt.

Begründung des Antrages

Das Projekt GUGS ist ein niedrighschwelliges und zugehendes Projekt für Flüchtlingsfamilien mit Kindern von 0-6 Jahren. Mit der Informationsdrucksache 2325/2016 wurde dem Rat der Landeshauptstadt Hannover bereits ein erster Erfahrungsbericht vorgelegt.

GUGS ist ein sinnvolles und geeignetes Angebot, um intensiven Kontakt mit Flüchtlingsfamilien herzustellen und sie bedarfsorientiert zu unterstützen. Die Unterstützung bezieht sich im Wesentlichen auf familienrelevante Themen.

Zur Förderung und Integration von Familien mit Fluchterfahrungen wird GUGS annehmend und wertschätzend von allen Beteiligten wahrgenommen und von den Müttern mit ihren Kindern gerne genutzt. Die ElternbegleiterInnen haben eine Schlüsselfunktion in Bezug auf Kontaktaufnahme und Vertrauensbildung. Dies gelingt ihnen einerseits über die gleiche Sprache, andererseits über die eigene Migrationserfahrung. Zudem bieten die ElternbegleiterInnen Raum und Gelegenheit für die Mütter erlernte Kenntnisse der deutschen Sprache im Alltag anzuwenden. Hier sind die positiven Entwicklungen der Teilnehmenden, die regelmäßig und längerfristig die GUGS-Gruppen besuchen, signifikant. Ebenso ist festzustellen, dass die Selbstsicherheit der Mütter während der Teilnahme an GUGS zunimmt und sie im Umgang mit den Kindern gefördert und gestärkt werden.

Aufgrund aktueller Entwicklungen verlagert sich die Arbeit im Projekt zunehmend in neu geschaffene Wohnprojekte. Hierhin ziehen überwiegend Familien mit vielen Kindern, die aus den Gemeinschaftsunterkünften (GU) ausziehen, da bezahlbarer Wohnraum knapp ist. Den Wohnprojekten kommt neben den GU daher eine wachsende Bedeutung zu. Da nicht alle Wohnprojekte über adäquate Gruppenräume für GUGS verfügen, ist eine engen Kooperation und Vernetzung mit anderen Trägern/Institutionen des jeweiligen Stadtteils entstanden, um dort das GUGS Angebot zu implementieren. Hierdurch entsteht die Möglichkeit das Angebot auch für andere Familien des Stadtteils zu öffnen und einen Ort

der Begegnung zwischen Flüchtlingsfamilien und Bewohnerinnen zu schaffen. Der Schwerpunkt des Gruppenangebotes orientiert sich jedoch weiterhin an den Bedarfen der geflüchteten Familien.

Die Folgen der Neuregelung des Familiennachzuges ab 01.08.2018 sind derzeit noch nicht einschätzbar. Das GUGS Angebot wird auf die aktuellen Entwicklungen bedarfsgerecht und flexibel reagieren.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig und sinnvoll, dass GUGS Projekt ab 01.01.2019 fortzuführen.

Gemeinschaftsunterkünfte(GU) sind die ersten Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete Personen. Hier gibt es Hilfestellungen durch das Personal der Betreiber und das Integrationsmanagement. Darüber hinaus gibt es Hilfe bei Behördengängen. Die Betreuung nach hohen qualitativen Standards wird dabei durch private Betreiber und Träger der freien Wohlfahrtspflege rund um die Uhr gewährleistet.

Die Unterbringung in einem Wohnprojekt bedeutet eine geringere beratende Betreuung durch die SozialarbeiterInnen des Betreibers. Die BewohnerInnen sind stärker in ihrer Eigenständigkeit gefordert, die deutsche Sprache zu erlernen und sich in die Nachbarschaft zu integrieren.

Aktuelle GUGS Standorte (Stand September 2018) gibt es in folgenden GUs oder Wohnprojekten:

- GU Vahrenheide
- Wohnprojekt Hebbelstraße (List)
- GU Woermannstraße (Badenstedt)
- Wohnprojekt Hermann-Ehlers-Allee (Badenstedt)
- Wohnprojekt Albrecht-Schaeffer-Weg (Badenstedt)
- GU Rendsburger Straße (Lahe)
- GU Feodor-Lynen-Weg (Roderbruch)
- GU Baumschulenallee (Roderbruch)
- Wohnprojekt Nikolaas-Tinbergen-Weg (Roderbruch)

51.4
Hannover / 13.09.2018

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)

Nr. 2170/2018

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Zuwendung für Menschen verbinden Menschen

Mit Beschluss der Drucksache 1249/2017 in der 1. Neufassung wurde das Projekt "Menschen verbinden Menschen" (Arbeitstitel „10.000 Freunde“) initiiert. Das Projekt sollte die Integration geflüchteter Menschen stärken, indem es stadtweit die Anbahnung, Ausbildung und Begleitung von Tandems zwischen Hannoveranerinnen und Hannoveranern sowie Geflüchteten unterstützt. Menschen verbinden Menschen sollte des Weiteren bestehende Patenschaftsprojekte entlasten und für diese gleichsam als Servicestelle dienen, indem das Projekt Ehrenamtliche findet, ausbildet und in Vereine oder Projekte vermittelt, in denen Patinnen und Paten gebraucht werden. Insgesamt sollten am Ende des Jahres 2018 700 Tandems bestehen. Gleichzeitig sollte innerhalb des Projektes ein Netzwerk aus Vereinen, Verbänden und Institutionen zur Koordination der Arbeit mit Geflüchteten entstehen. Die Integrationsleistung des Projektes sollte mittels wissenschaftlicher Evaluation überprüft werden.

Die Umsetzung dieses Projektes wurde dem Freiwilligenzentrum Hannover übertragen, das für die Umsetzung im Jahr 2017 67.000 € und im Jahr 2018 110.000 € für Personal- und Sachkosten erhalten sollte. Diese Mittel konnten innerhalb der bestehenden Ansätze durch eine Umschichtung der Aufwendungen des durch den Rückgang des Flüchtlingszuzugs in 2017/2018 nicht benötigten Personals gedeckt werden.

Am 18. August 2017 ging das Projekt offiziell an den Start. Im Anschluss an die erste Planungsphase – die sich insbesondere mit der anstehenden Öffentlichkeitskampagne befusste – wurde das Projekt Ende Oktober mit einer Pressekonferenz im Freiwilligenzentrum der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf ein durchweg positives Medienecho folgte Anfang November der Beginn der Kampagne, die interessierte Bürgerinnen und Bürger ansprechen und für den entsprechenden Zulauf sorgen sollte. Tatsächlich aber musste bereits Anfang 2018 konstatiert werden, dass sich weniger Freiwillige als erwartet für eine Patenschaft zur Verfügung stellen wollten. Am 12.01.2018 hatten sich lediglich 40 Personen für eine Patenschaft entschieden. Diese Zahl stand einer Zahl von ca. 100 gemeldeten Begleitungsbedarfen entgegen. Im April 2018 war die Zahl lediglich auf 53 ehrenamtliche Personen gestiegen.

Daraus resultierte, dass sich die Stadtverwaltung, die Mitglieder des Lenkungsausschusses

und der Projektträger bereits im Januar des Jahres 2018 mit neuen Ideen und Konzepten zur Generierung von Patinnen und Paten beschäftigten, u.a. Ausbau der Netzwerkstrukturen, Veranstaltungen mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Informationsstände bei großen städtischen Veranstaltungen und konkrete Werbung bei spezifischen Zielgruppen. Mit den erfolgten Maßnahmen konnte aber nicht die avisierte Nachfrage generiert werden.

Die Gründe für die geringe Nachfrage für das ehrenamtliche Engagement in der Geflüchtetenhilfe sind vielschichtig. Als zentraler Grund sind vermutlich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu nennen. Nachdem im Jahr 2015 und darüber hinaus das ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe besonders ausgeprägt war und die Etablierung der „Willkommenskultur“ eine gesellschaftliche Bewegung darstellte, befasste sich die gesellschaftliche Debatte stärker mit Fragen der Abschottung, Rückführung und Kriminalität von geflüchteten Menschen. Gleichzeitig wich die Euphorie des Jahres 2015 der Erkenntnis, dass Integration eine langfristige und intensive Aufgabe ist.

Mitte des Jahres 2018 musste abschließend festgestellt werden, dass die Zielzahl von 700 Patenschaften bis zum Ende des Jahres 2018 nicht erreicht werden kann, so dass gemeinsam mit dem Projektträger die konzeptionelle Neuausrichtung ab 01.07.2018 besprochen wurde und damit auch die Kosten des Projektes reduziert werden konnten. Seitdem beschränkt sich das Projekt mit nur noch einer Personalstelle auf die Begleitung bestehender und im Rahmen des Projektes entstandener Patenschaften.

Folgende Tabelle verdeutlicht die Reduzierung der entstehenden Kosten durch das beschriebene Verfahren:

Jahr	Geplante Mittel lt. Drucksache	Bewilligte Mittel
2017	67.000 €	47.000 €
2018	110.000 €	1. HJ 52.760 € 2. HJ 20.000 €

Die mit der Drucksache freigegebenen Kosten von insgesamt 177.000 € werden insofern nicht in Gänze benötigt. Aktuell rechnet die Verwaltung mit Kosten von ca. 120.000 €.

Aus Sicht der Verwaltung lässt die Reduktion des Projektumfangs aber nicht den Schluss zu, dass der Bedarf für Patenschaften und entsprechende Projekte gesunken ist. Der Bedarf auf Seiten der Geflüchteten an Unterstützung im Alltag und beim Einleben in der neuen und fremden Gesellschaft ist weiterhin umfassend vorhanden. Daher ist die Förderung derartiger Projekte auch in Zukunft ein Anliegen der Verwaltung.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

50
Hannover / 18.09.2018

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
An den Schul- und Bildungsausschuss (zur Kenntnis)
An den Kulturausschuss (zur Kenntnis)
An den Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)

Nr. 2211/2018

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Sachstandsbericht zur Offensive gegen Antisemitismus

Mit der Drucksache 2787/2017 wurde die Verwaltung beauftragt, mit geeigneten Kooperationspartner*innen eine Offensive gegen Antisemitismus durchzuführen. Wesentliche Elemente der Offensive gegen Antisemitismus sollten die Adressierung von Schulen bzw. Schüler*innen sowie eine Verknüpfung mit dem Jahrestag der Reichspogromnacht sein. Zu diesem Zweck wurde ein Expert*innenkreis für diese Offensive gegen Antisemitismus ins Leben gerufen. Beabsichtigt war, die Einschätzung und die Wünsche der von Antisemitismus Betroffenen gleich zu Beginn der Planung zu hören und ernst zu nehmen sowie dafür eine arbeitsfähige, also nicht zu große Struktur zu schaffen. Neben den jüdischen Gemeinden wurden Organisationen eingeladen bzw. auf Vorschlag der Expert*innen der jüdischen Gemeinden einbezogen, deren dauerhafter Organisationszweck die fundierte Auseinandersetzung mit Antisemitismus ist. An den bisherigen vier Treffen des Expert*innenkreises nahmen die Jüdische Gemeinde Hannover, die Liberale Jüdische Gemeinde Hannover, die Deutsch-Israelische Gesellschaft, der Verein WerteInitiative, die Amadeu Antonio Stiftung, die Gedenkstätte Ahlem sowie die Abteilung Soziale Arbeit der Hochschule Hannover teil. Im nächsten Schritt der operativen Umsetzung ist natürlich die Einbeziehung weiterer Kooperationspartner*innen möglich.

Im Expert*innenkreis ausdrücklich befürwortet wurde die Initiative der Ratsversammlung, eine Offensive gegen Antisemitismus ins Leben zu rufen. Antisemitismus gehe, laut den Expert*innen, häufig im Konzept „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ unter und werde nicht gesondert betrachtet, was jedoch die Wahrnehmung der Spezifika antisemitischer Einstellungs- und Verhaltensmuster und damit das Erkennen von Antisemitismus erschwere. Außerdem sei die Dimension gegenwärtiger antisemitischer Diskriminierungen und Übergriffe der Öffentlichkeit nicht bekannt, so dass der Ratsauftrag als Chance wahrgenommen wurde, dies in Hannover zu ändern.

Zentrale Inhalte:

Neben dem Konsens der Expert*innen, dass eine tiefgehende Auseinandersetzung mit den

spezifischen Erscheinungsformen des Antisemitismus benötigt werde, wurden weitere Punkte für eine grundlegende inhaltliche Ausrichtung der Offensive gegen Antisemitismus genannt und einhellig geteilt.

Im Expert*innenkreis bestand Einigkeit darüber, dass mit der erweiterten Antisemitismusdefinition der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance), die auch von der Bundesregierung verwendet wird, gearbeitet werden soll: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

(<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussepolitik/themen/kulturdialo/06-interkulturellerdialog/-/216610>, eingesehen am 30.07.2018)

Die zu planenden Maßnahmen sollen insbesondere die alltäglichen Formen wie antisemitische Beleidigungen oder Redensarten (also auch Übergriffe unterhalb der Schwelle körperlicher Gewalt) berücksichtigen und thematisieren.

Weiterhin soll die inhaltliche Ausrichtung darin bestehen, gegenwärtigen Antisemitismus in Hannover in den Blick zu nehmen. Der Fokus soll auf aktuellen antisemitischen Einstellungen und Handlungen vor Ort in Hannover liegen, diese wahrnehmbar(er) machen und kritisieren. Auf die im Ratsauftrag vorgesehene Verknüpfung mit dem 9.11. als Jahrestag der Reichspogromnacht soll verzichtet werden. Zwar wird das Erinnern an die Shoah für wichtig befunden, der Fokus der Offensive gegen Antisemitismus soll aber in der Gegenwart liegen. Bei einer erinnerungspolitischen Verknüpfung mit dem 9. November wird befürchtet, dass die Gegenwärtigkeit und Alltäglichkeit von Antisemitismus im Kontext dieses Datums nicht optimal verdeutlicht werden kann, sondern Antisemitismus unbeabsichtigt historisiert wird.

Für die Offensive gegen Antisemitismus wurden zunächst zwei Maßnahmen ausgewählt. Es besteht aber der Wunsch, dass sich die Offensive gegen Antisemitismus verstetigen möge. Dabei ist mitzudenken, dass sich die relevanten Themen im Laufe der Zeit verändern können, also eine gewisse Offenheit für die Zukunft eingeplant werden muss.

Maßnahmen:

Im Expert*innenkreis wurden zahlreiche Vorschläge für zukünftige Maßnahmen gemacht und diskutiert. Im Konsens wurden zwei Maßnahmen ausgesucht, die nach Einschätzung der Expert*innen momentan die wichtigsten seien und deshalb vorrangig bearbeitet werden sollten:

1. Tagung für Fachkräfte und Multiplikator*innen:

Die Offensive gegen Antisemitismus muss sich an die Mehrheitsgesellschaft richten und das alltägliche Auftreten von Antisemitismus in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen sichtbar machen. Fachkräfte und Multiplikator*innen sollen zunächst dazu befähigt werden, Antisemitismus als solchen zu erkennen und zu benennen. Außerdem sollen verschiedene soziale Orte wie z. B. Polizei und Justiz oder die christlichen Kirchen hinsichtlich Antisemitismus genauer betrachtet werden. Den Multiplikator*innen sollen abschließend konkrete Handlungsmöglichkeiten und Konzepte zur Thematisierung von Antisemitismus vorgestellt werden.

Für Anfang 2019 ist eine ganztägige Tagung inklusive Vorabendveranstaltung geplant, welche wenn möglich im Neuen Rathaus stattfindet. Die konkrete inhaltliche Planung wird im Expert*innenkreis vorgenommen.

2. Dokumentationsstelle für antisemitische Vorfälle:

Die Häufigkeit antisemitischer Vorfälle ist nur unzureichend bekannt. Auch existiert in der Öffentlichkeit ein unzureichendes Wissen darüber, welche Formen des Antisemitismus verbreitet sind und zum Alltag von Jüdinnen und Juden gehören. Insgesamt wird Antisemitismus qualitativ wie quantitativ häufig unterschätzt. Die Betroffenen sowie aufmerksame Beobachter*innen verfügen kaum über Möglichkeiten, ihre Erfahrungen bzw. Ihre Beobachtungen mitzuteilen und einer größeren Zahl von Menschen zugänglich zu

machen.

Um die alltägliche Präsenz antisemitischer Vorfälle zu dokumentieren und für die Öffentlichkeit wahrnehmbar zu machen, soll eine Dokumentationsstelle für antisemitische Beleidigungen, Übergriffe etc. eingerichtet werden. Nach vorher festgelegten Kriterien werden Meldungen bearbeitet und über eine Homepage anonymisiert der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Nach einem vorher bestimmten Zeitraum soll eine Auswertung erfolgen und die zusammengefassten Ergebnisse der Öffentlichkeit präsentiert werden. Die gesammelten und ausgewerteten Meldungen sollen außerdem in pädagogische Konzepte für Schulen, Jugendeinrichtungen und Orte der Erinnerungsarbeit einfließen. Bei Meldungen durch selbst von Antisemitismus Betroffene soll umgehend ein Unterstützungsangebot ggf. in Form einer Verweisberatung z. B. an die Jüdischen Gemeinden, an die Antidiskriminierungsstelle der Landeshauptstadt Hannover oder an die Amadeu Antonio Stiftung erfolgen.

Der für Anfang Januar geplante Fachtag mit der Vorabendveranstaltung kann als Auftakt für die Dokumentationsstelle genutzt werden. Insbesondere bei der Vorabendveranstaltung kann die Dokumentationsstelle der Öffentlichkeit vorgestellt und beworben werden.

Bei der Einrichtung einer Dokumentationsstelle für antisemitische Vorfälle ist ein niedrigschwelliger Zugang und ein Vertrauensverhältnis zwischen den Meldungen abgebenden Personen und der Dokumentationsstelle zu gewährleisten. Um Meldungen auch für Personen zu ermöglichen, die skeptisch gegenüber Verwaltungen z. B. hinsichtlich der Gewährleistung von Anonymität sind, ist es sinnvoll, die Dokumentationsstelle an einen externen Träger zu vergeben. Darüber hinaus ist darauf zu achten, dass die Arbeit der Dokumentationsstelle langfristig erfolgen kann.

Mit einer Dokumentationsstelle für antisemitische Vorfälle würde Hannover bundesweit eine Vorreiterrolle unter den Kommunen einnehmen. In der bundesweiten Diskussion um eine Meldepflicht für antisemitische Übergriffe an Schulen könnte Hannover ein wichtiges Signal senden, freiwillige Meldungen sammeln und so zur Wahrnehmbarkeit alltäglichen Antisemitismus beitragen.

Finanzierung:

Die geplante Tagung für Fachkräfte und Multiplikator*innen kann aus Mitteln des Sachgebiets 50.60 finanziert werden. Dafür werden 8.000€ veranschlagt.

Die Einrichtung einer Dokumentationsstelle für antisemitische Vorfälle übersteigt mit einem geschätzten jährlichen Finanzierungsbedarf von 40.000€ für eine halbe Personalstelle, eine Homepage und Werbematerial das Budget des Bereichs Migration und Integration. Hierfür werden zusätzliche finanzielle Mittel benötigt.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Grundsätzlich wird Geschlecht bei der Thematisierung und Bearbeitung von Antisemitismus mitgedacht. Das heißt für die geplante Dokumentationsstelle zum Beispiel, dass die Kategorie Geschlecht erfasst und in die Auswertung einbezogen wird, sofern dadurch keine Rückschlüsse auf die Identität der Meldenden gezogen werden können. Bei der geplanten Tagung wird darauf geachtet, dass unter den Vortragenden alle Geschlechter gleichermaßen repräsentiert sind.

Kostentabelle

Eine unmittelbare Entscheidung über Haushaltsmittel ist mit dieser Information nicht verbunden. Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.